

Medien und mangelnde Aufklärung über die Ökonomie

Teil I:

Können elektronische Zahlungswege das Bargeld ablösen?

Von der Notwendigkeit das Geld zum Forschungsthema zu machen!

Eine Näherung an das Thema auf Umwegen

von

Tristan Abromeit
www.tristan-abromeit.de

Text 170.1

Anhang

Text 170.1.3

Ota Šik

Argumente für den Dritten Weg

**ein paar Auszüge und Hinweise auf die Verbindung
von Šik und dem INKA Achberg**

00000

Stellungnahmen und Berichte zum Prager Frühling

1968 und 2018

00000

**Schreiben von TA aus dem Jahr 1991
an eine Demokratieinitiative in Achberg**

gescannt im Oktober 2020

Was soll das Thema Prager Frühling an dieser Stelle?

1. Markiert der Prager Frühling und der 68-Protest für mich der Beginn einer aktiven Phase der politischen Teilnahme. Ich habe 2. den Eindruck, dass die Politik und auch die theoretische Ökonomie wenig aus dem Zeitgeschehen von damals gelernt hat. 3. kann man aus dem Prager Frühling lernen wie schnell politische Träume zu Schäumen werden. ¹

Auszüge aus Argumente für den Dritten Weg von Ota Šik, 1973²

Aus dem Vorwort:

... Im ganzen versuche ich hier deutlicher darzustellen, warum ich den sogenannten Gegensatz zwischen >Kapitalismus< und >Sozialismus< nicht für einen realen Gegensatz in der heutigen Welt halte, sondern warum ich eine bestimmte Form ihrer Annäherung als weit gefährlicher betrachte. Ich erachte es für notwendig, vor der immanenten Gefahr einer allmählichen, für die Mehrheit der Menschen unbemerkbar verlaufenden staatsbürokratischen Entwicklung der industriell fortgeschrittenen westlichen Länder in Richtung des östlichen Staatsmonopolismus hin zu warnen. ...

... Die realen Entwicklungsprozesse führen spontan, sozusagen hinter dem Rücken der neoliberalen Theoretiker, zu Änderungen der westlichen Marktwirtschaft, durch die ihre positiven gesellschaftlichen Funktionen geschwächt und ihre Mängel und Grenzen immer deutlicher werden. Der existierende Widerspruch zwischen den positiven und negativen Entwicklungswirkungen der Marktbeziehungen kann schwerlich bestritten werden; es geht vielmehr um die Einschätzung ihrer Entwicklungstendenzen sowie ihrer realen sozialökonomischen Folgen.

Die neoliberalen Theoretiker heben die - nicht zu bestreitenden - positiven Wirkungen der Marktwirtschaft hervor, übersehen jedoch größtenteils die negativen Auswirkungen dieser Wirtschaft bzw. leugnen überhaupt die Existenz einer innerlich widersprüchlichen Entwicklung. Selbstverständlich übersehen sie nicht verschiedene Mängel des Marktes, und >unvollkommener Markt< ist denn auch ein zentraler Begriff der Theorie. Sie wollen jedoch nicht sehen, daß bestimmte negative Entwicklungsprozesse zunehmend eine solche Stärke erreichen, daß sie verschiedene Grundbedingungen positiver Marktfunktionen zu untergraben beginnen. Vor allem wollen jene Theoretiker dann nicht anerkennen, daß die objektiven ökonomischen Prozesse durch keine theoretische, moralische oder politische Einwirkung aufgehalten oder beseitigt werden können und früher oder später spontan zu wesentlichen Änderungen der westlichen Marktwirtschaft führen müssen, ob es dem Interesse der Bevölkerungsmehrheit nun entspricht oder nicht.

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Ota_%C5%A0ik / https://de.wikipedia.org/wiki/Prager_Fr%C3%BChling

2 Ohne Hervorhebungen.

Immer stärker werden die Bedingungen einer positiven Marktwirkung gefährdet oder eingeschränkt, deren grundsätzliche Bedeutung auch die neoliberale Schule hervorhebt: die Existenz eines Konkurrenzdruckes auf die Mehrheit der Produzenten, die freie Marktpreisbewegung, der nichtmonopolisierte und unbeschränkte Arbeitskräftemarkt, der unbegrenzte Kapitalfluß innerhalb aller marktausgerichteten Produktionssphären, die Verhinderung von staatlich-administrativ geschaffenen Hindernissen und Unterschiedlichkeiten für die Unternehmertätigkeit, die Erhaltung ökonomisch begründeter Wechselkurse usw. Nur unter diesen und ähnlichen Bedingungen kann die Marktwirtschaft als Grundantrieb für die beständige Annäherung der Produktionsentwicklung an die Entwicklung der Bedürfnisse der Gesellschaft sowie als Antriebsmotor für die Entwicklung der Qualität, der Innovationen, der Produktivität und Effektivität der Produktion wirken.

Durch unkontrollierte und stark anwachsende Monopolisierungen innerhalb der Produktion, des Handels, des Kapital- und Arbeitskräfteangebotes, durch starke personelle Verflechtungen von Staat und Wirtschaftsgiganten, durch die schnelle Steigerung des Anteils gesellschaftlicher, nichtmarktmäßiger Bedürfnisse an den Gesamtbedürfnissen, durch den wachsenden relativen Mangel an Arbeitskräften, Energie- und Rohstoffressourcen, durch die neuartige Inflationsentwicklung, ihr unterschiedliches Tempo in verschiedenen Ländern und damit zusammenhängende spekulative Kapitalverlagerungen, durch die steigende gesundheitliche und psychische Belastung der Bevölkerungen in großen Industriezentren, durch immer schwerer zu lösende Transport-, Wasserversorgungs-, Abfallbeseitigungsprobleme usw., entstehen direkte oder indirekte Begrenzungen des Marktes bzw. Untergrabungen der genannten Grundbedingungen einer Marktwirtschaft. Der Markt ruft Prozesse hervor, die nichtmarktmäßige Eingriffe vermehren und seine eigene Wirkungsweise unterhöhlen. ... (Seite 11 f.f.)

... Von den negativen Seiten der marktwirtschaftlichen Entwicklung kann man theoretisch zusammenfassend den beständig vor sich gehenden und anwachsenden Prozeß der Monopolisierung hervorheben, zweitens die dauernd existierenden Störungen in der makroökonomischen Entwicklung, die Makro-Ungleichgewichte, die heute einen anderen Ausdruck bekommen haben als in dem ersten Stadium der kapitalistischen Entwicklung, und drittens die ungenügende Deckung bestimmter gesellschaftlicher Bedürfnisse. ... (S. 15)

II. Was bedeutet das Effektivitätsprinzip, und warum sind Antieffektivitätstheorien unreal und reaktionär?

Es gibt neuzeitige Philosophien, die deshalb als progressiv (manche auch als marxistisch) angesehen werden, weil sie das Effektivitätsprinzip ablehnen. In dem Streben nach höchster Effektivität wird das Grundübel der heutigen Gesellschaft gesehen, die Ursache von Besitz- und Machtunterschieden, von Machtkämpfen, Kriegen und der Perversion der Gesellschaft, insofern sie dadurch ihre eigene Weiterentwicklung auf mehr Freiheit hin unmöglich macht. Abgesehen davon, daß dabei oft Effektivität und Wachstum verwechselt werden, sowie das Wirtschaftswachstum wieder nur als - in sei-

ner Richtung und Zielen - unabänderbar aufgefaßt wird, handelt es sich meist um sehr abstrakte Auffassungen und im Grunde Theorien idealistischer Einfärbung. Sie werden im Kern getragen von dem Wunsch, ein >Prinzip< aus der Gesellschaft auszumerzen, das die >Menschen zu Wölfen< macht.

Die Vorstellung der Effektivitätsbeseitigung ist nicht das Ergebnis einer Analyse objektiver Entwicklungstendenzen in der heutigen Gesellschaft, realer Entwicklungsbeziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft und der Aufdeckung solcher Gesellschaftsänderungen, die heranreifen, weil sie den Bedürfnissen und Interessen wachsender sozialer Schichten entsprechen, bzw. früher oder später von einer breiten gesellschaftlichen, politischen Kraft durchgesetzt werden können. Der subjektive Wunsch nach Beseitigung des Effektivitätsstrebens sowie der entscheidenden Machtstellung der Wirtschaft kommt auch in nichtmarxistischen sozial-ethischen Vorstellungen zu dem Resumée, daß die gesellschaftliche Erziehung der Individuen geändert werden müsse, um ihnen den Konsumtionshang, den Eroberungsdrang, die Besitzgier, die Aggressivität erziehen. Um eine solche »Umerziehung« zu ermöglichen, müssen institutionelle Änderungen erkämpft, die Befreiung von Schulen und Bildungsstätten sowie die humanisierende Erziehung der Menschen von Jugend an erreicht werden.

Wie einst die französischen Enzyklopädisten vergaßen, daß die Schule im Grunde so aussieht, wie der Staat gebildet ist, der Staat die gegebene Machtstruktur reflektiert und die Machtstruktur schließlich bestimmt wird, so werden auch die heutigen Humanisten die Erziehung des Menschen nicht innerhalb der alten Gesellschaftsstruktur grundsätzlich ändern. Dies soll nicht heißen, daß relativ begrenzte Erziehungsänderungen nicht erkämpft werden könnten und sollten; die existierende relative Selbständigkeit des Erziehungswesens läßt immer teilweise Änderungen und Modernisierungen zu. Solche Erziehungen, die jedoch das gegebene Gesellschaftssystem direkt gefährden würden, können sich schwerlich gegen die Staatsgewalt weder im Westen, noch im Osten durchsetzen.

Aber auch dort, wo vom Staat unabhängige Schulen und andere Erziehungsinstitutionen sich rechtlich durchsetzen können und progressive Organisationen die Entfaltung junger Menschen in der geforderten Richtung bewirken wollen, kann das theoretisch erstrebte Ziel in gesellschaftlich relevantem Maße nicht erreicht werden. Erstens wird das Ausmaß solcher Schulen innerhalb des alten Wirtschaftssystems nur sehr beschränkt bleiben, denn es wird immer an größeren Geldmitteln fehlen. Zweitens kann eine solche Erziehung die Menschen nicht ungeachtet der existierenden Verhältnisse ändern, denn die herrschenden alten ökonomischen und politischen Verhältnisse erzwingen sich eine bestimmte Interessen- und Tätigkeitsentwicklung der Mehrheit der Bevölkerung (darunter natürlich auch oppositionelle Tätigkeit, die durch die Erziehung willkürlich nicht geändert werden kann. ... (S. 37 f.f.)

... Kant stellt die Interessen und die moralischen Prinzipien in einen absoluten Gegensatz zueinander. Interessen sind für ihn nur die eigennützigen,

selbstsüchtigen, lustschaffenden Regungen als Gegenstück zu höheren, selbstentsagenden, vernünftigen Geboten, die in ihrer göttlichen Reinheit schließlich und endlich göttlichen Ursprungs sein müssen. Der kategorische Imperativ »Du darfst nicht« und »Du sollst« als Ausdruck der höchsten absoluten Vernunft steht bei Kant in einem Gegensatz zu den interessenmotivierten, nur eigennützige Lustgefühle verfolgenden Handlungen des Menschen.

In Wirklichkeit gingen und gehen jedoch die Menschen immer ihren Interessen nach. Der Mensch ist noch mehr als ein Vernunft- ein Interessentier. Aber eben deshalb mußten die Menschen auch ganz spontan moralische Bewertungen und Verhaltensprinzipien entwickeln: erstens, weil sie immer gemeinschaftliche Interessen hatten, welche direkt gemeinschaftsfördernde Verhaltensweisen erforderten, und zweitens, weil sie immer eine Abgrenzung ihrer eigennützigen Handlungen brauchten, um die benötigte Gemeinschaft nicht zerstören zu lassen. Die Vernunft, die die ethischen Grundsätze und Regeln prägte, war also die Vernunft von Menschen, von Abertausenden von Generationen. Sie formulierte Bewertungen und Regeln, die ihrem eigentlichen Interesse entsprachen.

Der Mensch ist aber immer ein Individuum gewesen und geblieben. Er ist ein Teil der Gesellschaft, somit also von ihr untrennbar und mit ihr eins, aber zugleich auch dauernd mit ihr in Widerspruch. Er braucht die Gesellschaft, die Gemeinschaft, er hat ein direktes Interesse an ihr und er weiß auch, wie er sich zu verhalten hat, um sie zu erhalten. Er hat sich von den Eltern und anderen gesellschaftlichen Institutionen und über diese von früheren Generationen her moralische Verhaltensweisen angeeignet, und er hat auch immer wieder aus eigenen Erfahrungen erkannt, was die Gemeinschaft fordert, was sie positiv und was sie negativ bewertet. Aber der Mensch wird gleichzeitig immer wieder so starke eigennützige Interessen entwickeln, daß er in seinem Verhalten über die moralischen, gemeinschaftserhaltenden Grenzen hinausschießen wird. Er wird gegen die ihm bekannten moralischen Prinzipien handeln, weil die treibenden eigennützigen Lustgefühle immer wieder in bestimmten Augenblicken stärker sein können als seine gemeinschaftlichen Interessen. Er wird gegen die ihm anerzogene und akzeptierte Moral handeln, und er wird dabei oft im nachhinein von Gewissensbissen gepeinigt. Er wird auch gegen die Interessen jener sozialen Gruppen handeln, an denen ihm besonders liegt, auch wenn er weiß, daß er dann von der Gemeinschaft geächtet oder verstoßen wird. Es ist der nicht zu beseitigende Widerspruch zwischen eigennützigen und gemeinschaftlichen Interessen in der Gesellschaft sowie zwischen eigennützigen, aber noch gemeinschaftserhaltenden Interessen und gemeinschaftsstörenden eigennützigen Interessen. Gegen die letzteren mußten sich große Gemeinschaften immer mit rechtlich fundierten Zwangsmaßnahmen schützen.

So wie sich jedoch die Gesellschaft entwickelt, wie sich die Gesellschaftsstruktur und die sozialen Gruppen in der Gesellschaft ändern, so ändert sich auch die Stellung der Individuen in der Gesellschaft und ihre Interessen. Es ändern sich die Gemeinschaften, mit welchen einzelne Individuen durch ihr Gemeinschaftsinteresse verbunden sind, aber es ändern sich auch die Kri-

terien der gemeinschaftserhaltenden und gemeinschaftsstörenden Verhaltensweisen, die moralischen Prinzipien also. Mit der Wandlung von patriarchalischen Großfamilien in monogame Familien, von Stämmen in staatlich organisierte Völker, mit der Entstehung von sklavenmäßigen, feudalen Klassengesellschaften, mit der Entwicklung bürgerlicher Nationen und ihrer sozialen Schichten und Klassen kommt es gleichzeitig zu grundlegenden Interessenwandlungen, zu neuen Kriterien und Abgrenzungen von sozialen Gruppen und Gemeinschaften, und daher auch zu allmählich spontanen Neufixierungen gemeinschaftserhaltender und -störender Verhaltensbewertungen im Bewußtsein der Angehörigen unterschiedlicher sozialer Gruppen. Durch diese Entwicklung werden allgemeinste moralische Bewertungen erhalten oder verändert, verlassen oder neugeschaffen. Die Moralsysteme weisen daher immer sowohl etwas geschichtlich Allgemeines als auch geschichtlich und gruppenmäßig Spezifisches auf. ... (S. 161 f.f.)

... Wenn Herr Wannemacher dies dennoch mit der Bemerkung versucht, daß ich mich »nicht vom Marxschen Denkschema freischwimmen konnte«, dann ist dies wieder nichts anderes als eine einfache Signierung von dem Standpunkt einer umgekehrt dogmatisierten Ideologie her, aber nicht eine sachliche, wissenschaftliche Diskussion.

Es gibt leider noch allzuviel Dogmatiker auch in der Sphäre der westlichen Gesellschaftswissenschaften, die nicht minder als die östlichen Gegner mehr durch Interessen, Wünsche, Aversionen, Voreingenommenheiten etc. getragen werden als von dem Streben nach wirklicher Aufdeckung existierender Systemwidersprüche, -mängel und -begrenzungen. Viele von ihnen dürfen nicht einmal die Zitierung von Marx sehen, um nicht sofort auf eine rein emotionale, politisch-ideologische Art der Polemik überzugehen. Herrn Raupach genügte es scheinbar, daß in meinem Buch »Marx ca. 200-, Engels und Lenin je 60mal« zitiert wurden und die anderen nur viel weniger, um darin die »literarische Basis« für ein Ziel zu sehen, das »ebensowenig neu« sei, wie »das ideologische Rüstzeug zur sozialistischen Transformierung der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft«. ... (S. 191)

... Immer mehr Menschen sollten unterscheiden lernen zwischen einer sachlich-wissenschaftlichen und politisch-ideologischen Art der Argumentation und Diskussion. Je stärker diese Unterscheidungsfähigkeit, desto kleiner die Chancen machtideologischer Realitätsverdunkelungen in allen Systemen! In der Fülle der politischen Demogie, die in die Gesellschaftsproblematik hineingetragen wird, scheint dies fast ein vergebliches Unterfangen zu sein. Und doch ist die geduldige und andauernde Berufung auf die wachsende Urteilsfähigkeit immer breiterer Schichten der einzige Weg nach vorn und gegen den Totalitarismus sowohl rechter als auch linker Machtusurpatoren. (Schluss, S. 192)

Anmerkung:

In dem Wikipedia Eintrag zu Ota Šik ist zu lesen:

In St. Gallen setzte er seine Arbeiten der Verbindung von Plan- und Marktwirtschaft fort – er bezeichnete sein Modell als „dritten Weg“, wobei die Planelemente gegenüber dem Markt zunehmend in den Hintergrund traten. In den 70er Jahren war Ota Šik mehrfach Gast bei den Achberger (anthroposophischen) Jahrestagungen zum Dritten Weg. Daraus gingen auch mehrere anthroposophische Veröffentlichungen hervor, die sowohl auf dem Modell der Dreigliederung des sozialen Organismus, als auch auf Ota Šiks Wirtschaftsreformideen fußten. Er selbst verstand sich jedoch nie als ein Vertreter der Sozialen Dreigliederung Rudolf Steiners. Er bekannte sich 1990 in mehreren Interviews rückblickend zum „vollblütigen“ Kapitalismus, so gegenüber einer tschechischen Tageszeitung: „Sehen Sie, wir konnten damals nicht alle unsere Ziele voll präsentieren. (...) Also war auch der dritte Weg ein verschleiernes Manöver. Schon damals war ich davon überzeugt, dass die einzige Lösung für uns ein vollblütiger Markt kapitalistischer Art ist.“

https://de.wikipedia.org/wiki/Ota_%C5%A0ik

Anmerkungen TA:

Diesen Rückzug von Ota Šik auf den *vollblütigen Kapitalismus* kann ich nicht prüfen, da mir dazu die Unterlagen fehlen. Es ist auch möglich, dass hier die Marktwirtschaft einmal mehr mit dem Begriff *Kapitalismus* falsch benannt wird.

An den Achberger Jahrestagungen habe ich auch ein paar mal teilgenommen. Mit der Gründung des Internationalen Kulturzentrums Achberg (INKA) in Essersweiler bei Lindau haben Anthroposophen, die sich um Wilfried Heidt gesammelt hatten und engen Kontakt zu Joseph Beuys hatten, einmal mehr ihre Fähigkeit zur Umsetzung von Ideen bewiesen. In der Internetpräsentation des INKA heißt es:

... auf der Webseite des *Internationalen Kulturzentrums Achberg (INKA)*, einem Ort, der dem Ziel gewidmet ist, für die Alternative einer Gesellschaft, jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, zu wirken.

Mit dieser Idee knüpfen die Mitarbeiter des Kulturzentrums an den Impuls der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ an, den Rudolf Steiner um das Ende des 1. Weltkriegs, also vor beinahe 100 Jahren, dem Mitteleuropa jener Zeit zu vermitteln versuchte.

In diesem Sinne will das INKA mit seiner Tagungsstätte, dem [»» Humboldt-Haus](#), ein Ort der Begegnung und Bewegung sein!

<http://www.kulturzentrum-achberg.de/>

Wilfried Heidt hatte dort ein Institut für Sozialforschung gegründet. Der von Achberg aus propagierte Dritte Weg wurde in der Kurzform > 3 A W < genannt und war genauso wie *Der Dritte Weg / Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)* an der Gründung der Partei DIE

GRÜNEN beteiligt. Der Dritte Weg ist neben der Zentralverwaltungswirtschaft und der Marktwirtschaft kein dritter Typ der Wirtschaftsordnung, sondern war (ist) das Bemühen den real existierenden Kapitalismus und real existierenden Kommunismus (Sozialismus) zu überwinden. Da inzwischen so viele Wege – politische von links bis rechts gedacht – gibt, erscheint er mir für eine Verständigung über die Ökonomie unbrauchbar zu sein.

In meinem Programmbeitrag für den Programmkongress der Partei DIE GRÜNEN im März 1980 habe ich zum Thema Dritter Weg u. a. folgendes geschrieben:

1.2 - was hat er zu leisten?

Dritte-Weg-Theoretiker haben als erstes eine brauchbare Analyse der Entstehung des Privat- und Staatskapitalismus zu liefern. Dies ist nicht möglich, ohne vorher den Marxisten das Interpretationsmonopol für gesellschaftliche Zustände zu nehmen.³ Nach Wilhelm Röpke „treten uns im ganzen vier Hauptfragen entgegen, die alle voneinander verschieden sind und von denen jede ihre eigene Antwort fordert: 1. die Ordnungsfrage, 2. die Sozialfrage, 3. die politische Frage der Machtverteilung und 4. die moralisch-vitale Frage, ...“ ... „Damit ist folgendes gemeint: Es ist sehr wichtig, daß wir eine wohlgeordnete, eine ergiebige und eine gerechte Wirtschaft haben, aber es ist mindestens so wichtig zu fragen, wie es dabei dem Menschen moralisch, geistig und in allen denjenigen Beziehungen geht, die den eigentlichen Sinn seines Lebens und die Voraussetzung seines Glücks ausmachen.“... „Dieser 'Dritte Weg' der Wirtschaftspolitik ist vor allem auch ein Weg des Maßes und der Proportion. Es gilt, unsere Gesellschaft mit allen Mitteln vom Rausch der großen Zahlen, vom Kult des Kolossalen, von Zentralisierung, Überorganisation und Standardisierung, vom Pseudo-Ideal des 'Noch größer und noch besser', von Vermassung und Mammutgebilden zu befreien und wieder auf das Natürliche, Menschliche, Spontane, Ausgeglichene und Mannigfaltige zurückzuführen. Es gilt, eine Epoche abzuschließen, in der die Menschheit im Triumph der Technik und Organisation und im Gefühl unendlichen Wachstums und ungehemmten Fortschritts den Menschen selbst mit seiner Seele, seinen Trieben, Nerven, Organen vergessen hatte, ...“⁴

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

Ich weiß seit langem, dass es zwischen dem INKA, dem A3W und Ota Šik eine Zusammenarbeit gab. Ich weiß aber nicht mehr, ob ich ihn in Achberg gesehen habe. Es kann sein, dass er mir bei meinen Teilnahmen an den INKA-Kongressen noch nicht bekannt war und in der Menge der Teilnehmer nicht aufgefallen ist. Ich kann mir aber vorstellen, dass er sich in dem Modell der Ökonomie, das dort propagiert wurde (wird) nicht wohlfühlte. Das ging mir bei aller Sympathie für die Achberger auch so. Als ich jetzt in meinen Hängeordner „INKA“ schaute, kam auch eine Informationsmappe zum Vorschein, die mit Unternehmensverband gekennzeichnet ist und die den Titel trägt „Aufruf zur Alternative A3W FIU. Die Mappe

³ s. Walter Thomas „Dritte Ordnung“ in Zeitschrift für Sozialökonomie 42./43. Folge, Dez. 29, Chr. Gauke Verlag

⁴ Wilhelm Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, 9. Auflage 1961, S. 316 ff.

enthält kleine Schriften mit folgenden Titeln: Aufruf zur Alternative von Josef Beuys / Grünes Grundlagenprogramm – Entwurf A3W – FIU -/ Die Aktion Dritter Weg / und Statuten der Aktion Dritter Weg, Buchprospekte und eine „Einladung zum Achberger Jahreskongreß vom 5. bis 11. September 1981 ...“ mit dem Thema „FRIEDEN SCHAFFEN ABER WIE? Auf der Suche nach neuer Gemeinschaft und neuem Sinn“

Es ist auch ein Begleitschreiben ohne Datum mit dem Briefkopf *Unternehmensverband* dabei unter dem zwei Absender angeordnet sind: a) die Freie Internationale Universität, Büro Düsseldorf und b) Aktion Dritter Weg Geschäftsstelle Hamburg. Ich gebe nachfolgend 5 Absätze wieder, damit erkennbar wird, worum es den Verfassern des Schreibens und Absendern der Informationsmappe ging:

Wir möchten mit unserem Schreiben und der Zusendung dieser Informationsmappe ein spezielles Anliegen verbreiten. Die langjährige Arbeit im Bemühen um einen Dritten Weg hat für uns durch den Aufbau eines Unternehmensverbandes eine neue Qualität erreicht.

In den letzten 10 Jahren sind in vielen Ländern und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland viele Initiativen zur Überwindung bestehender Gesellschaftsstrukturen entstanden.

Der Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg versteht sich als eine solche Initiative, jedoch mit dem Anspruch, Arbeits- und Organisationszusammenhänge aufzubauen, die solche Strukturen enthalten, die sich nicht nur auf die einzelne Initiative beziehen, sondern gesamtgesellschaftlich anwendbar sind.

In den Ausbau eines solchen, auf die Gesellschaft anwendbaren Unternehmenszusammenhanges möchten wir möglichst viele Menschen einbeziehen. Für jeden gibt es verschiedene Möglichkeiten der Mitarbeit, sie ergeben sich aus den Anlagen.

Da wir diese Informationsmappe an viele verschicken, deren aktuelles Interesse an unserer Arbeit wir nicht kennen, bitten wir, den Antwort-Coupon gewissenhaft auszufüllen. Wenn wir keine Antwort erhalten, gehen wir davon aus, daß zunächst kein Interesse an einem weiteren gegenseitigen Austausch besteht.

Auf diese Initiative habe ich offensichtlich nicht reagiert, entweder aus zeitlichen und / oder finanziellen Gründen ⁵ oder weil ich den Sinn des Unternehmensverbandes nicht folgen konnte. In einem der Beilagen wird auch um eine Mitgliedschaft in diesem Unternehmens-

5 1981 bauten meine Frau und ich noch an unserem Haus aus Bauteilen eines Supermarktes, den wir mit einer Arbeitsloseninitiative abgebaut hatten. Meine Frau war schwanger, hatte trotz beider Examen keine Anstellung als Lehrerin bekommen, ich war in der Umschulung zum Bootsbauer und war stark mit der Arbeit für DIE GRÜNEN beschäftigt.

verband geworben, die eine Grafik enthält, die mit „Geldlauf in einem Unternehmen“ gekennzeichnet ist. Bei der Anfertigung der Grafik hat man sich sicher viel gedacht, aber für den Empfänger der Botschaft nichts erklärt. Es ist jedenfalls nicht erkennbar, dass an einer der später aufkommenden regionalen Währungen gedacht war. Ich wurde bei der Durchsicht dieser Unterlagen an die fortschreitenden Bemühungen um eine Gemeinwohlökonomie erinnert.⁶ Diese hat offensichtlich einen größeren Zuspruch als 1981 der Versuch das Projekt „Unternehmensverband“ zu entwickeln. Beide Projekte sind aus der Suche nach einer anderen Ökonomie hervorgegangen und waren bzw. sind gute Möglichkeit bessere Verhaltensregeln zu vereinbaren und auszuprobieren, sie lösen aber die systembedingten Probleme der Wirtschaft nicht. Es ist gut möglich, dass Ota Šik das auch so empfunden hat. Ich denke, er wäre mit einer Untersuchung des Freiwirtschaftsmodells in seinem Denken weitergekommen. Aber wie soll das Potenzial der Kontaktmöglichkeiten ausgeschöpft werden, wenn für die Kontaktsuche und -aufnahme es einfach an Personal und materiellen Mitteln fehlt und man von der Mittelzufuhr abgeschnitten ist. Ich erinnere daran, diese Schule kommt weder in den Medien, noch in der etablierten Lehre an den Hochschulen vor. Die politisch motivierte inhaltliche Konkurrenzabwehr verschweigt sie, bezeichnet sie als Krypto-Ökonomie oder versucht sie als ultrarechts und / oder antisemitisch orientierte Gruppe zu diffamieren.

Es folgt ein Rückblick auf den Prager Frühling aus der Gegenwart von 1968 und dem Jahr 2018. Meine Stellungnahmen aus dem Jahr 1968 sind im Rahmen des Versuchsballons Liberal Soziale Partei entstanden. Nach deren Auflösung wurde ich Mitglied der F.D.P. .

Einzelne Dokumente:

1. Mitteilung der LSP vom 1. 9. 1968 / Stellungnahme zu den Vorgängen in der CSSR
2. Bericht der Nordseezeitung vom 22. August 1968 Titelseite
3. Nordseezeitung Bericht im Innenteil vom 22. August 1968
4. Mitteilung der LSP vom 30. 11. 1968 / internationale Währungsprobleme
5. Rückblick der HAZ vom 18. 8. 2018 „Freiheit für ein halbes Jahr“
6. Meine Stellungnahme zum HAZ-Bericht vom 18. 8. 2018
7. Mein Schreiben vom 11. 9. 1991 an eine Demokratieinitiative in Achberg

6 <https://christian-felber.at/buecher/die-gemeinwohl-oekonomie/>

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1, Schiffdorfer Chaussee 70

1. 9. 1968

Mitteilung an die Presse (9)

Stellungnahme zu den Vorgängen in der CSSR

1.0 Lob und Tadel

- 1.1 Der Überfall und die Erpressungen der Sowjetunion, Polens, Bulgariens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik wird als Schande und Barbarei in die Geschichte eingehen.
- 1.2 Die Kritik an dem Vorgang kann nicht scharf genug sein. Vergessen dürfen wir aber nicht, daß keine rückwärtsge wandten Schlußfolgerungen die freiheitliche Entwicklung der Menschheit fördern.
- 1.3 Der Tschechoslowakei kommt das historische Verdienst zu, die Wirksamkeit der gewaltlosen Verteidigung erstmals im größeren Rahmen ohne vorheriges Training unter Beweis gestellt zu haben, wenn auch noch nicht von einem Sieg gesprochen werden kann.
- 1.4 Die Sowjetunion lieferte den Beweis dafür, daß auch eine Gewaltherrschaft nicht völlig allgemeine zwischenmenschliche Normen außer acht lassen kann.
- 1.5 Die UNO hat erneut versagt. Eine Reform der UNO ist notwendig, wenn sie ihre Autorität nicht ganz verlieren soll.
- 1.6 Die Militärbündnisse sind keine Garantie für den Frieden, sondern eine Gefahr. Eine Welt mit relativ unabhängigen Staaten kann einen Aggressor wirksamer isolieren als eine Welt der Machtblöcke, die kein Platz hat für die Würde und Unabhängigkeit kleinerer Staaten. Wenn wir die NATO stärken, schwächen wir die Position der Liberalen im sozialistischen Lager.
- 2.0 Was können wir Bundesrepublikaner tun, um den Tschechoslowaken zu helfen?
- 2.1 Wir dürfen den kalten Kriegern bei uns keine Chance zur Wirksamkeit lassen.
- 2.2 Wir müssen die DDR als Staat und die Ostgrenzen als gegeben anerkennen und gleichzeitig eine Außenpolitik betreiben, die die Grenzen durchlässiger macht.

- 2.3 Wir müssen mit den Siegermächten und der DDR über einen Sonderstatus für ein vereinigtes Berlin mit freien Zugängen von OST und WEST verhandeln.
- 2.4 Wir müssen die Natoverträge kündigen und die nichtmilitärische Verteidigung ausbauen.
- 2.5 Wir müssen sofort auf breiter Basis über Reformen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen der BRD diskutieren. Wir müssen die Illusion überwinden, als hätten wir aus der Bundesrepublik das bestmögliche gemacht.
- 3.0 Eine auf die Existenzsicherung einer freien Menschheit ausgerichtete Politik muß anstreben:
 - 3.1 daß jeder Staat Mitglied der UNO wird;
 - 3.2 daß das Vetorecht in den Institutionen der UNO aufgehoben wird;
 - 3.3 daß die UNO in die Lage versetzt und verpflichtet wird, Einzelstaaten vor der Vergewaltigung durch andere Staaten und Volksgruppen vor der Ermordung zu schützen;
 - 3.4 daß Abhängigkeiten einzelner Staaten von anderen einzelnen Staaten auf ein Minimum reduziert werden, daß aber die Abhängigkeit der Einzelstaaten von der Staatenwelt dagegen maximal wird, damit wirksame Sanktionen wegen Verstößen gegen internationale Normen durchgeführt werden können;
 - 3.5 daß jeder mündige Mensch unzensurierte Informationen über geplante und durchgeführte militärische und politische Aktionen erhält (In jenen Gebieten wo dies nicht gewährleistet ist, muß zwingend die UNO als Informant auftreten.);
 - 3.6 daß die Störungen im internationalen Zahlungsverkehr und Gütertausch beseitigt werden (Nur dann lassen sich Hunger und Armut erfolgreich bekämpfen.).
- 4.0 Leitsätze humaner, freier Menschen
 - 4.1 Wir müssen den Sowjets und ihren Sateliten sagen, daß Staatskapitalismus kein Sozialismus ist.
 - 4.2 Wir müssen den Sowjets sagen, daß der Imperialismus auch dann Imperialismus ist, wenn er unter der roten Fahne marschiert.
 - 4.3 Wir dürfen den Sowjets aber auch sagen, daß wir sie nicht für Teufel halten, sondern für unfreie Menschen mit geistig verblendeten Führern.

- 4.4 Wir müssen den Albanern und Chinesen sagen, daß die Gewalt Menschheitsreformern schlecht zu Gesicht steht. Die Aufforderung an die Tschechoslowaken, sich mit militärischen Mitteln zu verteidigen, kommt der Aufforderung zum Selbstmord gleich.
- 4.5 Wir müssen die Schläge der Weltmächte unterlaufen und sie da treffen, wo sie am schwächsten sind, nämlich in ihrer moralischen Position.
- 5.0 Aufruf
- 5.1 Bürger der Bundesrepublik Deutschland, Ihr wart in jüngster Zeit Zeuge, wie schwer es ist, eine freiheitliche Gesellschaftsordnung durchzusetzen und zu bewahren. Laßt es Euch als Mahnung gelten und nutzt endlich Euere Bürgerrechte zur Vertiefung unserer Demokratie und zur Verwirklichung einer humaneren Welt.
- 5.2 Wir müssen Wege zu neuen Ufern der Menschheit suchen. Feiglinge taugen nichts für die notwendige Expedition. Die Tschechoslowaken haben uns gezeigt was Mut ist und was Mut vermag. Zeigen wir uns ihnen als würdige Nachbarn.

Tristan Abromeit
(Vorstandsmitglied)

NORDSEE-ZEITUNG

BREMERHAVENER ZEITUNG NORDWESTDEUTSCHE ZEITUNG WESERMÜNDER NACHRICHTEN
 Einzelverkaufspreis 40 Pf Bremerhaven, Donnerstag, 22. August 1968 74. Jahrgang/Nr. 197 T5358 A

Streit um Olympiareiter: Thiedemann zurückgetreten Der Sport

Führungsspitze der Prager Reformler verhaftet — Schicksal ungewiß

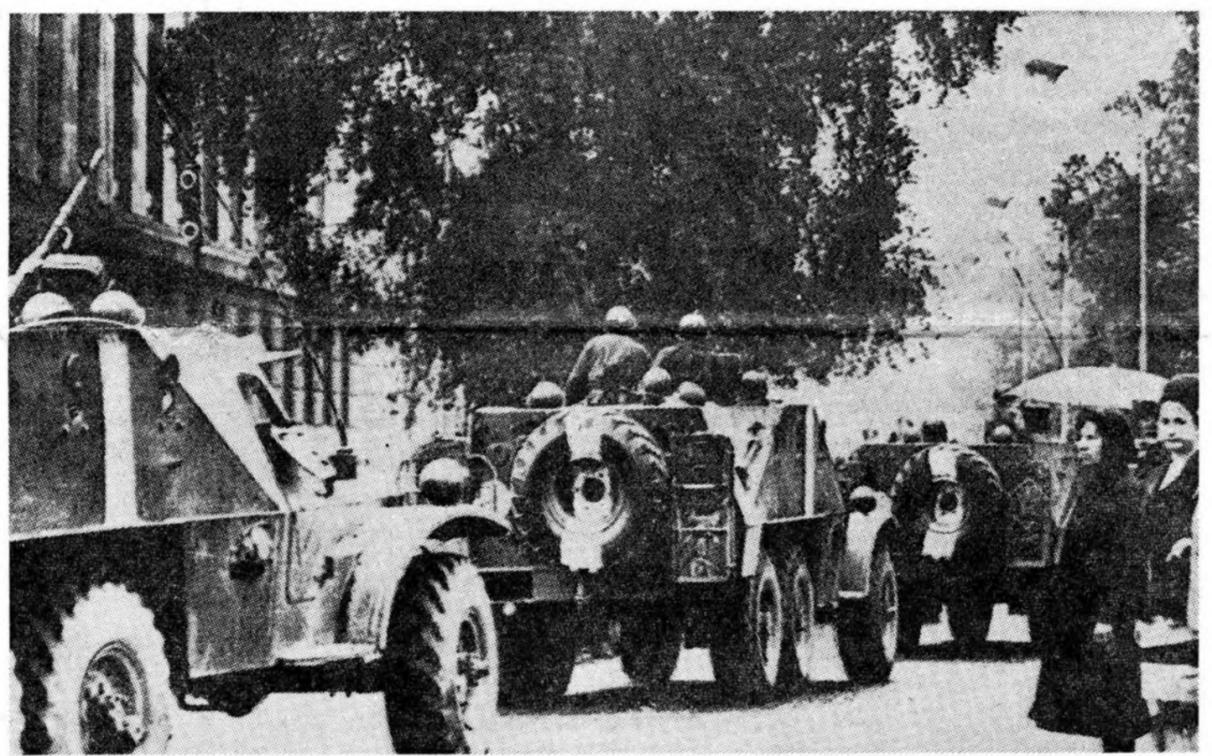


Interniert: Svoboda Verhaftet: Dubcek Interniert: Cernik In Belgrad: Hajek Verhaftet: Smrkovsky Verhaftet: Cisar

Sowjets überfallen die CSSR

Blitzinvasion der Warschauer-Pakt-Staaten — Tote und Verletzte

Prag/Washington/Bonn (Eig. Ber., dpa, UPI). Weit über den Ostblock hinausreichende politische Folgen werden in aller Welt durch die Blitzinvasion von Truppen der Sowjetunion und vier anderer Warschauer-Pakt-Staaten befürchtet, die in der Nacht zum Mittwoch zu Lande und aus der Luft die Tschechoslowakei überfallen haben. US-Präsident Johnson, UN-Generalsekretär U Thant, Jugoslawiens Staatspräsident Tito, Rumäniens Staatschef Ceausescu, die Bundesregierung und zahlreiche Regierungen in Ost und West haben die Invasion der Ostblocktruppen scharf verurteilt. Überall weckten die Nachrichten von dem Einmarsch die Erinnerungen an die blutige Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn und den Überfall Hitlers nach dem Münchner Abkommen vor 30 Jahren.



Sowjetische Schützenpanzer zogen schon in den frühen Morgenstunden des gestrigen Mittwochs vor dem Gebäude des Zentralkomitees der tschechoslowakischen KP, dem Amtssitz Dubceks, auf. UPI-Funkbild

Zunächst noch kein Gespräch Schiller-Sölle

ck. Bonn. Nachdem das Bundeskabinett wegen der Ereignisse in der Tschechoslowakei die für Mittwoch vorgesehene Beratung über Verhandlungen zwischen Bundeswirtschaftsminister Schiller und DDR-Außenhandelsminister Sölle verschoben hat, bleibt es zunächst offen, ob es überhaupt zu einem Zusammentreffen der Minister kommen wird. Kommt es trotzdem zu dem Treffen, dann dürfte das Problem der Wiederaufnahme der Mineralöllieferungen aus der DDR im Rahmen des Interzonenhandels in den Gesprächen eine wesentliche Rolle spielen. Nach einer am Mittwoch vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlichten Übersicht waren von der Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1966 im Interzonenhandel für 35,3 Millionen Mark Mineralölerzeugnisse bezogen worden.

Moskau: Kossygin tritt nicht zurück

Moskau (dpa). In der Tschechoslowakei kursierende Gerüchte über einen Rücktritt des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin sind am Mittwoch in Moskau entschieden dementiert worden. Der Pressesprecher des Außenministeriums bezeichnete das Gerücht als „Unsinn“. Das gleiche gelte für die Behauptung, daß der sowjetische Verteidigungsminister Gretscho sein Amt niedergelegt habe. Solche Berichte seien — so sagte der Sprecher — als „Provokationen“ anzusehen.

Am späten Mittwochabend ergab sich folgendes Bild der Lage:
 ● Die Grenzen der Tschechoslowakei sind hermetisch abgeriegelt.
 ● Die Hauptstadt Prag sowie die größeren Städte des Landes sind von Truppen der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens oder der DDR besetzt.
 ● Das Schicksal der tschechoslowakischen Führung ist ungewiß. Parteichef Dubcek und der KP-Chefideologe Cisar wurden verhaftet. Das gleiche Schicksal traf auch Parlamentspräsident Smrkovsky, Staatschef Svoboda und Ministerpräsident Cernik sind nach letzten Berichten lediglich „interniert“ worden. Außenminister Hajek befindet sich in Belgrad in Sicherheit.
 ● Die etwa 5000 gegenwärtig in der CSSR weilenden deutschen Touristen befinden sich auf nahezu kopflöser Flucht nach Westen.

Während die Welt bisher vergeblich darauf wartete, daß die Sowjets neue Macht haben in der Tschechoslowakei präsentieren, ging eine Welle der Proteste und Sympathiebekundungen für die CSSR durch die ganze westliche und neutrale Welt. Nach übereinstimmenden Korrespondentenberichten aus Prag zeigt die Bevölkerung offen ihre Abneigung gegen die Invasionstruppen. Mehrfach ereigneten sich blutige Zusammenstöße. Bis zum Abend waren sieben Tote und eine unbekannte Zahl von Verletzten zu beklagen. Der amerikanische Präsident Johnson forderte die Sowjetunion und ihre Verbündeten auf, die Truppen aus der CSSR abzuziehen. „Es ist nie zu spät, um die Vernunft wieder zur Geltung kommen zu lassen“, mahnte der US-Präsident. UN-Generalsekretär U Thant tadelt das sowjetische Vorgehen in scharfer Form. Am späten Abend trat der UN-Sicherheitsrat zusammen. Auch in der kommunistischen Welt hat das sowjetische Vorgehen scharfe Reaktionen ausgelöst. Rumänien, das offenbar ein ähnliches Vorgehen der Sowjets im eigenen Land fürchtet, hat die Aufstellung einer „Arbeiter- und Intelligenz-Miliz“ zum Schutz des rumänischen Staates angeordnet. **Fortsetzung Seite 2**

Moskau beruhigt Bundesregierung

Zarapkin bei Kiesinger — Bonn verurteilt Überfall der Sowjets

Von unserer Bonner Redaktion
 Hn./erd. Bonn. Die Sowjetunion hat der Bundesregierung am Mittwoch offiziell versichert, daß sich die Militäration gegen die Tschechoslowakei gegen keinen anderen Staat richte. Außerdem beteuerte die sowjetische Regierung in einer Mitteilung, die Botschafter Zarapkin Bundeskanzler Kiesinger überreichte, daß diese Aktion „den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, denen die sowjetische Regierung wie bisher große Bedeutung zuzesse, keinen Schaden zufügen sollte“.

Die Bundesregierung, die Parteien und zahlreiche Organisationen in der Bundesrepublik verurteilten am Mittwoch den Einmarsch der Ostblock-Truppen in die CSSR auf schärfste. Das Bundeskabinett bedauerte im Anschluß an eine Sitzung die „Bedrückung“ eines Nachbarvolkes, zu dem die Bundesrepublik eine gutes und freundschaftliches Verhältnis wünsche. Außerdem wurde die Erwartung ausgesprochen, daß es zu keiner Verletzung der Grenzen der Bundesrepublik komme. Wie die Bundesregierung nach der Unterredung Kiesingers mit dem Sowjetbotschafter mitteilte, hat Zarapkin zum Ausdruck gebracht, der Einmarsch der sowjetischen und anderer Truppen des Warschauer Paktes sei „auf Ersuchen der tschechoslowakischen Regierung erfolgt“. Der Bundeskanzler wies den sowjetischen Botschafter auf die „tiefe Besorgnis“ der Bundesregierung über die Widersprüche hin, die sich aus der Mitteilung Zarapkins und aus denen der Öffentlichkeit vorliegenden Nachrichten ergäben, wonach die tschechoslowakischen Führungsgremien gegen den Einmarsch der Truppen protestiert hätten. Unter entschiedener Zurückweisung „einer bestimmten östlichen Propaganda“ hob der Kanzler schließlich hervor, daß die Bundesregierung gegenüber der Tschechoslowakei eine strikte Politik der Nichteinmischung befolgt habe. Sie habe bewußt alles unterlassen.

● Sie verurteilt die Aktion des Warschauer Paktes als völkerrechtswidrige Aktion und als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR.

● Mit Entschiedenheit weist die Bundesregierung alle Versuche zurück, sie in den Kreis der äußeren Urheber dieser Aktion einzubeziehen. Sie erinnert an die betonte Zurückhaltung, die sie in den vergangenen Wochen gegenüber den Vorgängen in der Tschechoslowakei geübt habe. Im krassen

Lesen Sie bitte auch
 ● Leitartikel, Seite 2
 ● unsere Berichte, Reportagen und Analysen auf den Seiten 2, 3 und 4

Gegensatz zu dieser Haltung stünden die dauernden Pressionsversuche Ostberlins.

● Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Erklärung der sowjetischen Regierung, daß sich die Aktion auf den Raum der Tschechoslowakei beschränken und andere Staaten nicht beeinträchtigen werde, tatsächlich zutreffend ist.

Ahlers betonte schließlich, das deutsche Volk wünsche nach wie vor eine europäische Friedensordnung, „in der auf Anwendung von Gewalt und auf jede Drohung mit Gewalt verzichtet wird“.

Ahlers räumte ein, daß die Aktion gegen die Tschechoslowakei zu einer Veränderung des internationalen Klimas geführt habe, ließ aber offen, ob sich dadurch Rückwirkungen auf die Haltung der Bundesregierung zum Atomwaffensperrvertrag ergeben würden.

Die Bundesregierung, die Parteien und zahlreiche Organisationen in der Bundesrepublik verurteilten am Mittwoch den Ein-

DAS WETTER

Sonnig und trocken
 Vorhersage: Im Bereich Bremerhaven und der Wesermündung heute schwachwindig aus wechselnden Richtungen, sonnig und trocken, Tageserwärmung auf 22 bis 25 Grad, nachts Abkühlung auf etwa 15 Grad, strichweise Frühnebel.
 Beobachtungen der Wetterwarte Bremerhaven-Doppelschleuse von gestern: Wind: Umlaufend, Stärke 2 bis 3. Höchste Lufttemperatur: 21,6 Grad, tiefste Lufttemperatur: 14,0 Grad. Wassertemperatur der Weser: 17,2 Grad. Relative Luftfeuchte um 7 Uhr: 89 Prozent, um 14 Uhr: 73 Prozent, 24stündiger Niederschlag bis 19 Uhr: 0,5 Liter/Quadratmeter.
 Meldung des Weserfahrerschiffes von 19 Uhr: Nordnordostwind, Stärke 3, Seegang 1.
 Sonne: 23. August A. 05.19, U. 19.34
 Mond: 23. August A. 04.07, U. 19.48
 Hochwasser: Bremerhaven 00.17 U. 19.48
 22. August 12.32
 Dornumertief 11.27
 Cuxhaven 12.13
 (Deutsches Hydrographisches Institut Hamburg)



So wurde die Tschechoslowakei von Ostblocktruppen besetzt. Zeichnung: Hermsdörfer

Der Prager Frühling ist vorbei

Von Rudolf Dahmen

Was mit großen Hoffnungen begann, was monatelang auf dem schmalen Grat schwankender Selbstbehauptung wandelte, ist am Ende: Die Blumen des Prager Frühlings haben ausgeblüht. Sie wurden zertreten von sowjetischen Soldatenstiefeln — und von Knobelbechern aus der DDR. Dies ist vielleicht das Schrecklichste an der ganzen Sache: daß neben den Reaktionsären aus Moskau, Warschau, Sofia und Budapest auch Ulbricht seine Soldaten marschieren ließ — Söhne zum Teil jener Soldaten, die schon 1939, allerdings unter anderen Hoheitszeichen, Prag besetzten.

Entgegen aller Vernunft haben die Machthaber im Moskauer Kreml — oder vielleicht nur eine mächtige Gruppe unter ihnen — vor aller Welt wieder einmal demonstriert, daß sie die angebliche „Reinheit“ ihrer alt-marxistischen, im Kern immer noch stalinistischen Lehre ebenso mit Waffengewalt durchsetzen wie ihren Herrschaftsanspruch in Mitteleuropa. Daß ihnen Freiheit, auch im sozialistischen Gewand, verdächtig, unheimlich ist. Sie gehen brutal auf „Nummer sicher“ — und nehmen dabei in Kauf, politischen Porzellan gleich tonnenweise zu zerschlagen. Denn seit die roten Truppen die tschechischen Grenzen überschritten haben, sieht die Welt anders aus: wieder einmal haben die Sowjets und ihre Satelliten jeglichen Kredit verloren. Die Bruderküsse von Preßburg, vor nicht einmal 14 Tagen ausgetauscht, haben sich in Sowjetsoldaten verwandelt, die auf dem Wenzelsplatz in die Menge schießen. Wer will in diesen Stunden das Wort Entspannung noch hoffnungsvoll in den Mund nehmen? Wer von Abrüstung, von Atomstopp, von besseren Beziehungen zwischen Ost und West — ja von Friedensaussichten in Vietnam reden? Das alles ist auf Monate, auf Jahre vielleicht vergiftet.

Vergiftet aber ist auch das kommunistische Lager selbst. Die tschechische KP, soweit ihre Führer noch frei reden können, spricht von illegaler Aktion der sowjetischen „Bruderpartei“. Rumäniens KP-Chef mobilisiert eine Miliz gegen sowjetische Bedrohung. Tito verurteilt den Überfall auf die Tschechoslowakei ebenso wie die französische und italienische KP. Dieser Bruch im kommunistischen Lager ist nicht mehr zu verkleistern — hier liegt, trotz allem, ein schüchterner Grund zur Hoffnung. Hoffnung darauf, daß ge-

rade durch den ungeheuerlichen, schändlichen Schock, den die Sowjets der Welt und ihren eigenen Anhängern versetzt haben, die Opposition gegen Moskau in allen europäischen kommunistischen Parteien diesseits und jenseits des jetzt wieder eisernen Vorhangs weiter wächst.

Noch ist der letzte Funke Hoffnung auch in Prag nicht erloschen. Die Haltung der tschechischen und slowakischen Bevölkerung ist bewundernswert: mit allen Mitteln außer nackter Gewalt versuchen sie, ihre legale Führung, sowohl die Regierung als das Zentralkomitee der KP, zu unterstützen. Wohl sind Dubcek, Svoboda, Ministerpräsident Cernik und der Parlamentspräsident Smrkovsky aktionsunfähig, weil die Sowjets sie festgesetzt oder vielleicht schon abtransportiert haben — noch aber ist das Prager ZK aktionsfähig, und das Außenministerium auch. Ihm ist es gelungen, die Lüge der Sowjets zu entlarven, ihr Einmarsch sei mit Einverständnis Pragts erfolgt — sie haben es auch geschafft, daß der Weltöffentlichkeit schon abtransportiert wurde — noch aber ist das Prager ZK aktionsfähig, und das Außenministerium auch. Ihm ist es gelungen, die Lüge der Sowjets zu entlarven, ihr Einmarsch sei mit Einverständnis Pragts erfolgt — sie haben es auch geschafft, daß der Weltöffentlichkeit schon abtransportiert wurde — noch aber ist das Prager ZK aktionsfähig, und das Außenministerium auch. Ihm ist es gelungen, die Lüge der Sowjets zu entlarven, ihr Einmarsch sei mit Einverständnis Pragts erfolgt — sie haben es auch geschafft, daß der Weltöffentlichkeit schon abtransportiert wurde — noch aber ist das Prager ZK aktionsfähig, und das Außenministerium auch.

Was können wir tun, um den Tschechen zu helfen? Mit Waffengewalt ist da nichts zu machen: weder die NATO-Truppen noch die Truppen anderer Westmächte können die Sowjets wieder aus der Tschechoslowakei verdrängen. Das wäre der dritte Weltkrieg: es ist die gleiche Situation wie beim Aufstand in Mitteldeutschland und in Ungarn.

Die Tschechen versuchen, in Gesprächen, Demonstrationen und Sprechrunden die sowjetischen und die Soldaten anderer „Bruderparteien“ davon zu überzeugen, daß sie in Prag am falschen Platz sind. Sie wollen ganz offen die Moral dieser Truppen unterhöhlen. Ob ihnen das gelingt oder nicht: sie versuchen es mit Überredung. Auch uns bleibt nichts anderes übrig: Wir müssen durch Demonstrationen und andere Mittel versuchen, den Pragern den Rücken zu stärken und den Sowjets das ganze Ausmaß des Schadens klarmachen, den sie angerichtet haben.

Vielleicht gibt es in Moskau, im Zentrum der östlichen Macht, Kräfte, die darauf hören. Nur sie können die Truppen aus der CSSR wieder abziehen.

Protest, Bestürzung und großes Entsetzen

„Das ist ein Skandal“ - Viele Demonstrationen

Bonn (Eig. Ber., dpa, UPI). Mit Bestürzung, Empörung und zum Teil lähmenden Entsetzen hat die Bevölkerung in der Bundesrepublik am Mittwoch auf den Einmarsch der Ostblocktruppen in die CSSR reagiert. In zahlreichen Städten der Bundesrepublik, so auch in Bremen, demonstrierte die Bevölkerung gegen die Unterdrückung der Freiheit in der CSSR. In Bonn kennzeichnete hektische Betriebsamkeit das Tagesgeschehen.

Schon am frühen Morgen fand unter Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger eine Lagebesprechung in Bonn statt. An ihr nahmen Bundestagspräsident Gerstenmaier, Bundesinnenminister Benda, CDU/CSU-Fraktionschef Barzel, FDP-Fraktionschef Mischnik und der parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Wienand, teil. In einem anschließend veröffentlichten Kommuniqué wurde von einer „klaren Verletzung der Souveränität der CSSR“ gesprochen.

Mit Empörung wiesen Bundestagspräsident Gerstenmaier und der CSU-Vorsitzende, Finanzminister Strauß, darauf hin, daß deutsche Truppen — „wenn auch unter einer anderen Fahne, daß heißt unter Hammer und Sichel“ — an dem Einmarsch in die Tschechoslowakei beteiligt seien. „Das halte ich für einen Skandal“, sagte Gerstenmaier, „unter dem wir alle zu leiden haben werden.“ Strauß meinte: „Hier ist die Politik des Kreml — er einmal ihr res Gesicht gezeigt“. Mit einem Bekenntnis zur westlichen Verteidigungsgemeinschaft reagierte der SPD-Bundesgeschäftsführer, Minister Wischniewski auf die Nachrichten aus Prag. „Für die freien Bürger Deutschlands beweisen die Vorkommnisse im Bereich des Warschauer Paktes, daß die NATO als ausschließlich zur Verteidigung der freien Welt geschaffenes Bündnis auch in der Zukunft weiterhin von entscheidender Bedeutung ist.“

Zu der Sitzung des Bundeskabinetts hatte sich Verteidigungsminister Schröder in einer Maschine der Bundeswehr von seinem Urlaubsort auf der Insel Sylt nach Bonn fliegen lassen. Außenminister Brandt, der sich in Norwegen aufhielt, kehrte am Abend nach Bonn zurück.

Die Vorgänge in der Tschechoslowakei lösten in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Protest-Demonstrationen und Kundgebungen aus. Politische Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen for-

ten zum Protest gegen den Einmarsch der Ostblocktruppen in die CSSR auf.

Der DGB-Bundesvorstand rief in Düsseldorf gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend die jugendlichen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zu Protestkundgebungen gegen die Vorgänge in der CSSR auf. In Berlin forderten die politischen Parteien und Organisationen die Bevölkerung für den Abend zu einem Protestmarsch durch die Innenstadt und einer anschließenden Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg auf. Auch die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) appelliert an ihre Mitglieder, zu protestieren.

Die alliierten Stadtkommandanten von Berlin bekräftigten nach einem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz die alliierte Verpflichtung gegenüber Berlin. In einer Presseerklärung versicherten sie ferner, daß sie der Standhaftigkeit und Besonnenheit der Berliner vertrauten. Überraschend hat auch der Bundespräsident Lübke seinen Urlaub unterbrochen. Er ließ sich am Abend von Bundeskanzler Kiesinger über den Stand der Dinge unterrichten.

Einen in Bonn stark beachteten Appell an die Bürger der CSSR veröffentlichte gegen Abend der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Schmidt. Wir wüßten, so versicherte er, daß weder die Soldaten noch die übrigen Bürger der DDR den Einmarsch in ein verbündetes Land billigten. „Da diese unsere Mitbürger nicht frei sprechen können, bitten wir an ihrer Stelle die Bürger der CSSR, die unter dem Befehl des Warschauer Paktes einmarschierten deutschen Soldaten nicht als Aggressoren anzusehen.“ Die moralische und politische Verantwortung für die Beteiligung deutscher Truppen treffe eindeutig die Staatsführung in Ostberlin.

„Die Ereignisse in der Tschechoslowakei beweisen erneut, wie schwer es ist, im kommunistischen Ostblocksystem freiheitliche und eigenständige Wege zu gehen“, erklärte der Präsident des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick, gestern zu den jüngsten Ereignissen in der Tschechoslowakei.

Über tausend Bremer versammelten sich am Mittwochabend auf dem Marktplatz zu einer Protestversammlung gegen die Unterdrückung der Freiheit in der Tschechoslowakei. Mehrmals brachen die Versammelten in Rufe wie „Vivat Dubcek“ aus. Jungsozialisten, Jungdemokraten, mehrere SPD-Distrikte, der Landesjugendring, Schüler- und Studentenorganisationen hatten in Flugblättern und auf Plakaten zu dieser Demonstration aufgerufen. Sprecher der verschiedenen Gruppen verurteilten einhellig die „imperialistische Invasion“ der Warschauer-Pakt-Staaten.

Die Ereignisse in der Tschechoslowakei beeinträchtigen auch die europäischen Juniorensportspiele der Leichtathleten, die vom 23. bis 25. August in Leipzig stattfinden sollen. Nach Absagen der Verbände Großbritanniens, Norwegens und Dänemarks wird nun auch die Mannschaft des Deutschen Leichtathletikverbandes absagen.

Wichtiges in Kürze

Verjährungsfrist wird geprüft. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird in absehbarer Zeit die Verfassungsmäßigkeit einer Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord und Beihilfe zum Mord prüfen. Das wurde am Mittwoch mitgeteilt.

Leichte Besserung. Der Gesundheitszustand des früheren amerikanischen Präsidenten Eisenhower gab am Mittwoch seinen Ärzten im Walter-Reed-Hospital jetzt wieder zu gedämpfter Hoffnung Anlaß. Nach wie vor aber wegen die Mediziner nicht vorauszusagen, ob der 77-jährige General die seit seinem siebenten Herzanfall anhaltenden Unregelmäßigkeiten seiner Herzrhythmus überleben wird.

„Schußwaffenerwerb überwach.“ Der Erwerb von Schusswaffen kann nach Ansicht von Bundesjustizminister Heineemann nicht weitgehend genug überwacht werden. Diese Überzeugung vertrat der Minister in einem am Dienstag in Ludwigshafen veröffentlichten Schreiben an den Ludwigshafener CDU-Bundestagsabgeordneten Giulini.

Artillerieduell am Jordan. Ein Artillerieduell haben sich israelische und jordanische Truppen am Dienstag im nördlichen Jordantal geliefert. Während ein israelischer Sprecher mitteilte, der Feuerwechsel habe auf israelischer Seite keine Verluste gefordert, meldete Jordanien drei Tote und 20 Verletzte unter seiner Zivilbevölkerung.

8400 Praktikanten im Bundesgebiet. Insgesamt 8400 Praktikanten aus Entwicklungsländern, unter ihnen 1800 Frauen, werden zur Zeit in der Bundesrepublik aus- oder weitergebildet. Das hat die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg am Dienstag mitgeteilt.

Ehefrau hat Schadensersatzansprüche. Einer bei einem Unfall verletzten Ehefrau stehen Schadensersatzansprüche wegen ihrer Behinderung in der Haushaltsführung unmittelbar selbst zu. Diese am Mittwoch veröffentlichte Entscheidung hat der Große Senat des Bundesgerichtshofes für Zivilsachen in Karlsruhe gefaßt. (Aktenzeichen 2 BVL 15/68.)

Rotkreuz-Flugplatz bombardiert. Flugzeuge der nigerianischen Bundesregierung haben am Mittwoch den einzigen neutralisierten — und unter Rot-Kreuz-Kontrolle stehenden — Flugplatz in Biafra bombardiert. Das teilte das „Internationale Komitee vom Roten Kreuz“ am Mittwoch in Genf mit.

Frankreichs Bomben-Test verschoben. Die erste Zündung einer französischen Wasserstoffbombe ist informiert Kreisen zufolge erneut verschoben worden. Wie in Papete, der Hauptstadt Tahitis, am Mittwoch aus den Kreisen verlautete, waren abermals ungünstige Wetterbedingungen für die Verschiebung verantwortlich.

Kritik an Spaniens Polizei. Die internationale Juristen-Kommission (ICJ) hat am Dienstag in Genf das Vorgehen der spanischen Polizei gegen die Basken in der Provinz Guipuzcoa verurteilt. Die Kommission äußerte sich auch besorgt über die große Zahl der verhafteten Juristen in dieser nordspanischen Provinz.

USA rücken in Pufferzone ein

Paris/Saigon (UPI, dpa). Der amerikanische Chefdelegierte bei den Pariser Vietnam-Vorgesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und Nordvietnam, Harriman, hat am Mittwoch in Paris mitgeteilt, die Amerikaner hätten ihre Zurückhaltung bei Aktionen der Erdtruppen im Gebiet der Pufferzone zwischen Nord- und Südvietnam aufgegeben. Auf der 18. Tagung der Verhandlungsrunde gab Harriman den Nordvietnamesen zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten wegen militärischer Aktionen Nordvietnams in die Pufferzone zwischen Nord- und Südvietnam eingegriffen seien. Die amerikanische Zurückhaltung gegenüber diesem Gebiet habe „nicht mehr aufrechterhalten“ werden können.

Am Montag hatte ein Sprecher der Hanoi-Delegation in Paris die Amerikaner beschuldigt, unter Verletzung des Genfer Indochina-Abkommens von 1954 in die südliche Hälfte der Pufferzone eingegriffen zu sein.

Der amerikanische Außenminister Rusk hat in der Nacht zum Mittwoch nachdrücklich vor neuen amerikanischen Konzessionen in Vietnam gewarnt. Rusk unterstrich vor den 110 demokratischen Politikern, die das Programm für den Parteikonvent in Chicago vorbereiten, daß der Frieden in Vietnam nicht allein durch amerikanische Zugeständnisse erreicht werden könne.

NORDSEE-ZEITUNG

NORDWESTDEUTSCHE ZEITUNG
Herausgeber: Kurt Ditzen.
Verlagsleiter: Bruno Stöwsand, Peter W. Sommer, Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke.
Chefredakteur: Rudolf Dahmen.
Chef vom Dienst: Werner Stenkat. Verantwortlich für Politik: Hilmar Börsing; Wirtschaft/Schifffahrt: Gerd-Dietrich Schneider, Joachim Barthel; Bremerhaven: Dieterich Müller; Kommunalpolitik: Hans Petersen; Landkreise: Dieter Kittel; Feuilleton/Unterhaltung: Hermann Freudenberger; Norddeutschland: Johana Haddinga; Bunte Welt: Günter Bruns; Sport: Paul G. Pätzelt; Anzeigen: Gerhard Martelock; Anschritt für alle: NORDSEE-ZEITUNG Bremerhaven, Bonner Redaktion: Harald O. Hermann; Berliner Büro: Hans Ulrich Kersten; Bremer Vertretung: August Othzen. Für unverlangt eingereichte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste 18 vom 1. 68. Bezugspreis monatlich DM 5,95 einschl. Trägerlohn, bei Postbezug DM 7,— einschl. Postgebühr. Beide Preise einschließlich 5,5% Mehrwertsteuer. Auflagenkontrolle durch IVV, Gerichtsstand Bremerhaven. Die Zeitung erscheint an jedem Werktag vormittags, mittwochs mit der Beilage „radio + television“ für Abonnenten. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Ersatzanspruch.
Verlag und Druck: Nordwestdeutscher Verlag Ditzen & Co., 285 Bremerhaven 3, Hafenstr. 140, Postfach 3164, Fernsch. 2-38761. Telefon 4 90 44.

Sowjets überfallen die CSSR

Fortsetzung von Seite 1.

Mit dem Überfall auf die CSSR hat die Sowjetunion — und mit ihr die Verfechter einer harten Linie gegen die Prager Reformen — dem Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozeß in der Tschechoslowakei ein vorläufiges Ende gesetzt. Nach Ansicht von Beobachtern hat der Kreml durch seinen Entschluß, mit Waffengewalt in Prag einzugreifen, eine schwerwiegende politische Entscheidung getroffen. Erst knapp drei Wochen vorher hatte die Sowjetführung in Preßburg einer Erklärung zugestimmt, in der es hieß: Die Teilnehmer der Ostblockgipfelkonferenz „gaben ihrem entschlossenen Streben Ausdruck, alles . . . zu tun, um die allseitige Zusammenarbeit ihrer Länder entsprechend den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Achtung, der Souveränität und nationaler Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, der brüderlichen gegenseitigen Hilfe und Solidarität zu vertiefen.“

Der Einmarsch der Ostblocktruppen begann nach einer Mitteilung des Prager Rundfunks kurz vor Mitternacht. Während die Streitkräfte der CSSR von der Prager Führung angewiesen worden waren, keinerlei Widerstand zu leisten, besetzten die Invasionstruppen alle strategisch wichtigen Punkte des Landes. Fast überall kam es zu Protesten der aufgeschreckten Bevölkerung.

Von Sowjets verhaftet

Über das Schicksal der Prager Führungsspitzen wurde vorläufig nichts bekannt. Später wurde amtlich mitgeteilt, daß Staatspräsident Svoboda in der besetzten Prager Burg und Parteichef Dubcek im Parteigebäude der Hauptstadt, das ebenfalls von sowjetischen Truppen umzingelt war, festgehalten wurden. Am Abend teilte die Nachrichtenagentur CTK mit, Dubcek sei, wie schon vorher Parteisekretär Cisar, von den Sowjets verhaftet worden.

Die sowjetamtliche Nachrichtenagentur TASS sowie die Regierungen aller an dem Überfall beteiligten Länder behaupteten am Mittwoch in sich ständig wiederholenden Erklärungen, daß „Mitglieder der Parteiführung und der Regierung der Tschechoslowakei die Sowjetunion und andere verbündete Staaten aufgefördert haben, dem brüderlichen tschechoslowakischen Volk Hilfe zu leisten, einschließlich der Hilfe bewaffneter Streitkräfte.“

TASS führte an, das Prager Hilfeersuchen sei ausgelöst worden, weil die sozialistische Staatsordnung durch „konterrevolutionäre Kräfte“ gefährdet worden sei.

„Russen raus!“

Die Lage in Prag glich bis zum späten Abend immer mehr der Situation von Budapest im November 1956. Sowjetische Panzer hatten sämtliche Moldaubrücken besetzt und blockierten alle Ausfallstraßen. Die Detonationen und Schießereien nahmen in der CSSR-Metropole ebenso wie in den größeren Städten des Landes im Laufe des Tages ständig zu. Offensichtlich versuchten die Invasionstruppen die aufgebracht Menschen („Russen raus!“, „Schlagt die Schweine tot!“, „Wir haben euch nicht gerufen!“) mit Schüssen zurückzutreiben.

Wie unser Korrespondent berichtet, verdunkelten dicke Rauchwolken den abendlichen Himmel über der „goldenen Stadt“.

In der Nähe des Prager Rundfunkgebäudes standen mehrere Häuser in Flammen.

Das Präsidium der tschechoslowakischen Nationalversammlung hat den Einmarsch der Ostblocktruppen scharf verurteilt und den sofortigen Abzug aller ausländischen Streitkräfte verlangt. Elf Minister der CSSR-Regierung bezeichneten die Besetzung als einen völkerrechtlich „illegalen Akt“. Die in Prag noch antwortenden Politiker bemühen sich unterdessen um Kontakte zum sowjetischen Botschafter Tscherwonenko und zum Oberkommandierenden der sowjetischen Besatzungstruppen.

Wirkung auf Weltpolitik

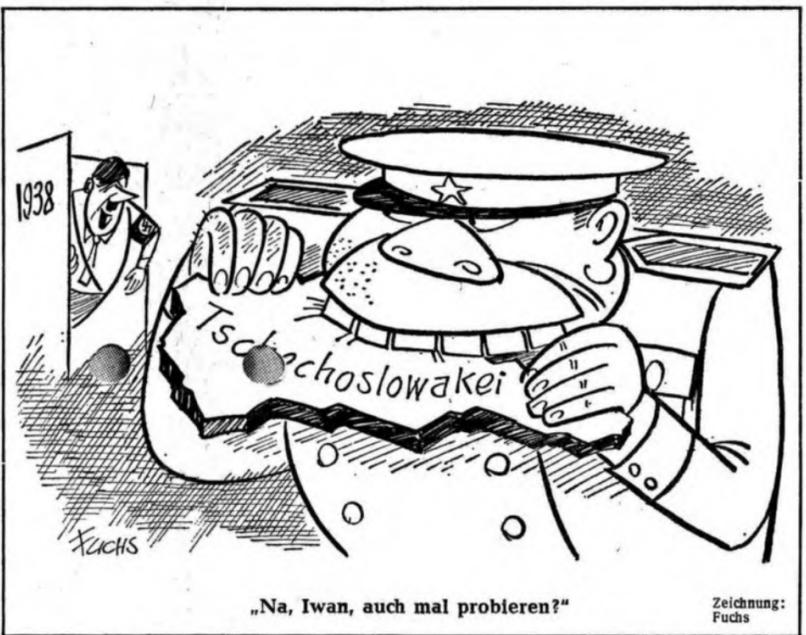
In der westlichen Welt wurden am Mittwoch weitgehende Auswirkungen der sowjetischen Intervention vor allem auf die Spannungspolitik befürchtet. Beobachter glauben, daß auch der Vietnamkonflikt, die Debatte um den Atomsperrvertrag und die Genfer Abrüstungsgespräche von der sowjetischen Invasion nachteilig beeinflusst werden.

Italien hat am Mittwoch einen bereits gefaßten Entschluß rückgängig gemacht und sich geweigert, den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen. Präsident Johnson hatte sofort nach seiner Informierung durch Sowjetbotschafter Dobrynin den Nationalen Sicherheitsrat zu einer Sondersitzung zusammengerufen und die Meldungen aus Prag die ganze Nacht hindurch selbst verfolgt.

In Paris beschäftigte sich der NATO-Rat mehrere Stunden lang mit der Entwicklung in der CSSR. Bei den Vereinten Nationen verdichteten sich am Mittwochabend die Anzeichen für eine Einberufung des Welt sicherheitsrates. Unterrichtete Kreise erklärten, daß mit einer UN-Aktion im Laufe des heutigen Donnerstag zu rechnen sei.

Die französische Regierung erklärte ihr

Bedauern über die „Verletzung der Rechte . . . einer befreundeten Nation“, die der europäischen Entspannung widersprächen. Die britische Regierung vertrat die Auffassung, der Schritt Moskau stehe im scharfen Gegensatz zu den oft wiederholten Versicherungen des Kreml, sich nicht in die souveränen Rechte unabhängiger Staaten einzumischen zu wollen.



Erinnerung an den Überfall Hitlers

Wie vor 30 Jahren: Deutsche Truppen marschieren in die CSSR ein

Von Hans R. Felsen

Berlin. Vor knapp 30 Jahren saßen die Mächte Deutschland, England, Frankreich und Italien in München über die Tschechoslowakei zu Gericht. Jetzt fällt fünf Staaten — die Sowjetunion, die DDR, Polen, Bulgarien und Ungarn — ihr Urteil über das „Bruderland“. Und 30 Jahre nach dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht sind wieder deutsche Truppen in die Tschechoslowakei eingedrungen. In ihren seit damals nur geringfügig in Anlehnung an das Sowjetvorbild geänderten Uniformen wurden sie mit der gleichen ohnmächtigen Wut empfangen, die damals Hitlers Truppen entgegen schlug. Auch die Maßarbeit des Generalstabs, der gelungene militärische Coup, erinnert an den Überfall Hitlers.

Die Ostberliner SED glaubt zwar, aus den Belastungen der deutschen Geschichte ausgeschieden zu sein. Die Völker Ost- und Südosteuropas haben die SED und die DDR jedoch stets als deutsch in Erinnerung behalten — mit allen darauf findenden Vorbehalten. Die starre und dogmatische Politik

Ostberlins hat diese Erinnerung auch immer wieder aufgefrischt.

Am Mittwochmorgen rief Ostberlin selbst für alle. In ihr Appell an alle Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik erklärten SED-Zentralkomitee, Staatsrat und Ministerrat: „Für jeden Bürger der DDR wird beim Blick auf die Landkarte verständlich, daß für unsere Republik und für die anderen sozialistischen Bruderländer eine unerträgliche Lage geschaffen worden wäre, wenn die insbesondere vom westdeutschen Imperialismus inspirierten antisozialistischen Kräfte vom Süden, also von unserer Flanke her, ihre konterrevolutionäre Tätigkeit hätten betreiben können. Im Interesse ihrer Sicherheit, im Interesse des Weltfriedens konnten und dürfen die sozialistischen Bruderländer nicht zulassen, daß die CSSR aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten herausgebrochen wird.“

Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939 hatte der damalige Reichsaussenminister von Ribbentrop von der Pra-

ger Burg aus verkündet: „Früher oder später müßte es (das Deutsche Reich) als die durch die Geschichte und geographische Lage am stärksten interessierte und in Mitleidenschaft gezogene Macht die schwersten Folgen zu tragen haben. Es entspricht daher dem Gebot der Selbsterhaltung, wenn das Deutsche Reich entschlossen ist, zur Wiederherstellung der Grundlagen einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung entscheidend einzugreifen.“

In der vom DDR-Rundfunk halbstündlich verlesenen Mitteilung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS über die Besetzung der Tschechoslowakei heißt es: „Die weitere Zuspitzung der Situation in der Tschechoslowakei berührt die Lebensinteressen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder. Die Gefahr für die sozialistische Ordnung in der Tschechoslowakei ist gleichzeitig auch eine Gefahr für die Grundfesten des europäischen Friedens.“ Ribbentrop hatte 1939 erklärt, es habe sich die Gefahr vergrößert, daß aus der Tschechoslowakei eine „neue ungeheuerliche Bedrohung des europäischen Friedens kommen würde“.

Mitteilung an die Presse (14)

=====

Stellungnahme zu den internationalen Währungsproblemen

Die Aktionen, Reaktionen und Berichte bezüglich der Auf- oder Abwertung westeuropäischer Währungen zeigen mit wieviel Unverständnis regiert aber auch von der Presse berichtet wird.

Das Geschehen der letzten Wochen macht aber auch wieder einmal, wie stark die nationale und internationale Wohlfahrt von einer störungsfreien internationalen Währungsordnung abhängt.

Seit Jahren ignorieren die Politiker die Forderung von unabhängigen Wissenschaftlern nach Einführung des Systems der flexiblen Wechselkurse.

Es wird gerne und viel von notwendigen Reformen gesprochen; aber da, wo die entsprechenden Erkenntnisse vorliegen, werden die Reformen wie die Pest gemieden.

Die Opposition im Parlament ist hilflos, weil sie an Interessenverfälschung leidet. Die Gruppen der APO sind vorwiegend ratlos, weil sich diese Fragen nicht mit Mao, Marx oder Marcuse beantworten lassen.

In Frankreich will man die Studenten für die Blindheit der Politiker leiden lassen. Man könnte zum Spötter werden, wenn die Situation nicht so maßlos traurig wäre.

Zitate für Nachdenkliche:

Prof. Sohmen: Die Verantwortlichen sind gezwungen, jede Absicht der Paritätsänderung zu leugnen, und zwar um so stärker, je notwendiger und näher eine Paritätsänderung bevorsteht. Dieses Verhalten "kommt dem Tatbestand des Betruges bedenklich nahe."

Prof. Albert Hahn: "Die dem Bretton Woods-System inhärenten Widersprüche und die praktische Unvereinbarkeit von Konjunktur- und Zahlungsbilanzkonformität werden zu mehr oder weniger straff gehandhabten Zwangswirtschaften führen."

Prof. Sohmen: "... diejenigen, die heute für die Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern verantwortlich zeichnen, geben (die) Ansichten der zur Zeit ihres Studiums führenden Nationalökonomien wieder."

Prof. Giersch: "Ich habe selber lange Zeit Vorurteile und Abneigungen dieser Art gehabt, bis ich mich bemühen mußte, diese Zusammenhänge zu lernen; das ist nicht ganz so einfach und dauert ziemlich lange." (Quellen können bei der LSP erfragt werden.)

Die westlichen Bruderstaaten beginnen sich zu zerstreiten, die Entwicklungshilfe scheitert nicht zu letzt an der internationalen Währungsunordnung. Wir haben keine Zeit mehr für eine weitere Jahre dauernde Verdrängung dieses Problemes. Darum muß das System der flexiblen Wechselkurse zum Wahlkampfthema des Jahres 1969 werden.

Tristan Abromeit

+ deutlich

LEITARTIKEL



Von Detlef Drewes

Griechenland bleibt am Abgrund

Zum Feiern ist den Griechen nicht zumute. Die Wiederentdeckung der finanziellen Selbstständigkeit am Montag, wenn das Land nach acht Jahren aus dem Euro-Rettungsschirm entlassen wird, mag etwas für die Politiker und Haushaltsexperten unter den Hellenen sein. Die Bürger aber spüren davon nichts. Im Gegenteil: Sie werden noch zu spüren bekommen, dass die Durststrecke keineswegs überstanden ist. Zu groß sind die Zweifel, ob sich die erreichten Reformen tatsächlich auszahlen und dass die dringend benötigten Investoren dem Land wieder vertrauen.

Dabei war es richtig, dass die Geldgeber die Griechen zu grundlegenden Reformen zwangen, die keine Athener Regierung aus eigener Kraft hatte durchsetzen können. Doch die Konzepte waren vielfach zweifelhaft: Denn die Grundthese, dass man sparen muss, um mehr Einnahmen zu generieren, hat sich nicht ausgezahlt.

Das überbordende und unbezahlbare Sozialsystem wurde umgebaut – und letztlich demontiert. Die Folge: Rentner und andere Leistungsempfänger haben kaum genug zum Überleben. Vor der Krise war der griechische Staat pleite, jetzt sind es die Griechen selbst.

Am Ende waren es die Geldgeber leid, sich den öffentlichen Streit mit ihren Bürgern um ein weiteres Hilfspaket anzutun. Also wird Griechenland finanzpolitisch wieder sich selbst überlassen. Das allerdings sollte niemand mit einer glücklichen Sanierung verwechseln. Die griechische Regierung – egal, welche Partei sie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stellt – muss wissen, dass die Lektion der Krise nicht darin besteht, im Notfall auf fremde Kassen zurückgreifen zu können. Sie besteht darin, den Staat effizienter zu machen. Das war und bleibt das Problem: Die Rolle des Staates in einer modernen Demokratie und Marktwirtschaft muss sich ändern, um Freiheiten für Unternehmen, Investoren und Arbeitnehmer zu schaffen. Weil nicht Einsparungen, sondern Investitionen ein Land wieder aufleben lassen.



Vor der Krise war der griechische Staat pleite. Jetzt sind es die Griechen selbst.

Der oft zitierte Hinweis, das Euro-Krisenmanagement habe auch in Portugal, Spanien oder Irland gewirkt, geht in die falsche Richtung. Denn in diesen Ländern war der institutionelle Nachholbedarf nicht annähernd so groß. In Griechenland ist deutlich geworden, wie wichtig Korrekturen am Staatswesen sind, um es effizient zu halten. Nur das hält die Wirtschaft in Gang und garantiert somit auch ein bezahlbares Sozialwesen. Dieses Umdenken bei Politikern und Bürgern hat Griechenland bis heute nur unter Druck gelernt.

Ob diese Lehrstunde auch verstanden wurde, werden Premierminister Alexis Tsipras und seine künftigen Nachfolger erst noch zeigen müssen. Bis dahin steht Griechenland genau genommen dort, wo es vor der Krise auch stand: am Abgrund.

SPEAKERS' CORNER



Von Wladimir Kaminer

Macchiato für Rückkehrer

Manchmal kann ich Leute wie Putin und Trump verstehen. Immer, wenn ich Europa nicht mehr verstehe. Die Präsidenten in Washington und Moskau sind überzeugt, dass die EU nicht überlebensfähig ist. Zu viele Mitglieder, zu viele Widersprüche. Die EU tut alles, um sie in diesem Glauben zu stärken.

Besonders in der Flüchtlingsfrage. Erst die unterschiedslose Aufnahme von Benachteiligten aus aller Welt, die mit den Kriegsflüchtlings nach Europa kamen, gleich darauf der Versuch, die gerade noch Willkommenen zurück in ihre Heimat abzuschicken – wer erkennt da ein Konzept?

Neulich kam der Vorschlag, am Goethe-Institut in Belgrad für die abgeschobenen Sinti und Roma ein „Rückkehrer-Café“ zu organisieren. Diese Menschen sind vor Jahren aus dem Kosovo und Serbien geflohen, wo sie verfolgt wurden. Jetzt werden sie zurückgeschickt, weil Serbien und das Kosovo inzwischen als sichere Herkunftsländer gelten. Die Kinder der Sinti und Roma, die in Deutschland zur Schule gingen, können heute besser Deutsch als Serbisch. „Das ist doch unser Kontingent, wir dürfen den Draht zu ihnen nicht verlieren“, dachte man da in Berlin. „Machen wir also ein Café auf, in dem die Abgeschobenen ihre Lebenssituation bei Kaffee und Kuchen besprechen können, natürlich auf Deutsch.“

Möglicherweise wird das ein Erfolgskonzept. Dann werden demnächst überall in Afrika und im Nahen Osten „Rückkehrer-Cafés“ entstehen und das Auswärtige Amt kann mit einem neuen Programm punkten: Wer freiwillig Deutschland verlässt, bekommt zehn Latte macchiato im „Rückkehrer-Café“ seines sicheren Heimatlandes.

Wladimir Kaminer ist Schriftsteller in Berlin.

Freiheit für ein halbes Jahr

Der Osten hatte kein 1968? Unsinn. Ein ganzes Ostblockland probierte 1968 einige Monate lang aus, wie es sein könnte, frei zu sein. Am 21. August kamen die Panzer – und der Prager Frühling war beendet. Aber die Sehnsucht blieb. Auch in der DDR.

Von Jan Sternberg

In der Nacht zum 21. August 1968 war der Traum zu Ende. Eine halbe Million Soldaten des Warschauer Pakts besetzten das Bruderland Tschechoslowakei. Sie beendeten den Prager Frühling, ein gutes halbes Jahr voller Freiheiten und Hoffnungen mitten im sonst oft so grauen Ostblock. Vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ haben sie geträumt, von der Vorstellung eines kommunistischen Staates ohne Geheimpolizei, mit Meinungsfreiheit, vielleicht sogar mit Mehrparteiensystem. Was also blieb nach diesem Einmarsch in Prag am 21. August vom 1968 des Ostens, vor nunmehr 50 Jahren?

Für den damals 17-jährigen Ost-Berliner Toni Krahl endete an diesem Tag eine linientreue Jugend in einer SED-Funktionärsfamilie. Für die damals zehnjährige Milena Bartlová begann eine Zeit der Entwurzelung, die bis heute anhält. Beide hat der Prager Frühling ein Leben lang geprägt. Ohne die Nächte auf dem Prager Wenzelsplatz, in denen sich der langhaarige Oberschüler Krahl mit gleichgesinnten Jugendlichen aus dem Westen verbrüderte, wäre aus ihm nicht der spätere City-Musiker und Rockstar der DDR geworden.

Milena Bartlová hingegen war die Tochter zweier prominenter Akteure des Prager Frühlings: Ihr Vater Zdenek Mlynár war maßgeblicher Autor des politischen Aktionsprogramms der Reformkommunisten und Redenschreiber von Alexander Dubcek, jenem starken Mann der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSC), der die freiheitlichen Reformen durchsetzte. Ihre Mutter, die Ökonomin Rita Klimová, schrieb zusammen mit Ota Sik und anderen am Wirtschaftsprogramm, dem heikelsten Teil des Reformprojekts. „Sie versuchten, die sozialistische Wirtschaft und den freien Markt zusammenzubringen. Sie hatten an das jugoslawische Beispiel der belegschaftsgeführten Fabriken gedacht. Aber sie waren noch nicht fertig mit ihren Gedanken“, sagt Bartlová heute.

Die 60-Jährige ist Professorin für Kunstgeschichte, sie wohnt in einem ruhigen Viertel der tschechischen Hauptstadt. Doch ruhig ist sie keineswegs: Sie versucht nach wie vor, linke Politik zu machen. Das ist

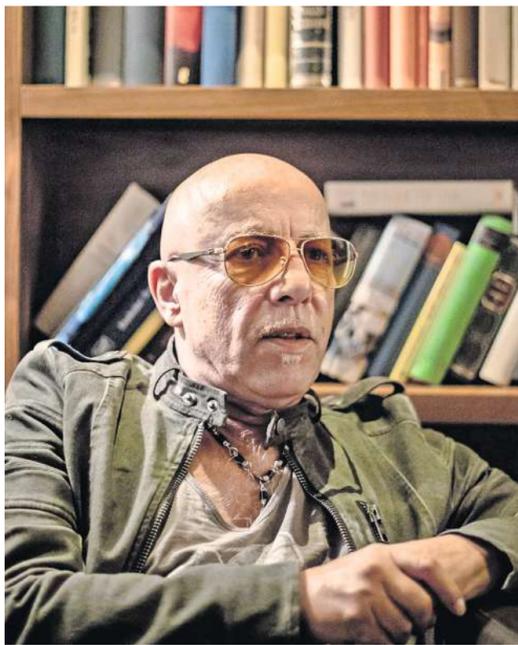
ein mühsames Geschäft in einem Land, in dem das politische Spektrum fast komplett von Rechten und Populisten beherrscht wird. Im vergangenen Jahr kandidierte sie auf der Liste der tschechischen Grünen fürs Parlament. Bartlová kennt die Politik seit frühester Kindheit. Sie wuchs in einem Haus auf, in dem fast ununterbrochen über Politik diskutiert wurde. „1968 wurde es dann immer intensiver“, erinnert sie sich. „Dauernd hatten wir Gäste, sie tranken viel, rauchten viel und redeten viel – immer bis spät in die Nacht.“ Das Haus brummte, das ganze Land brummte. „Der Enthusiasmus, die Euphorie wurden immer intensiver“, sagt Bartlová. Alles schien möglich. Und das mitten im Sozialismus.

Die neuen Zustände im Ostblock zogen Enthusiasten aus ganz Europa an – auch Toni Krahl's Ost-Berliner Clique. Hier konnten sie Zeitschriften lesen und Platten hören, die es zu Hause in der DDR nicht geben durfte – und die ihnen von den DDR-Grenzern einkassiert wurden, wenn sie sie nach Hause schmuggeln wollten. Bei Krahl und seinen Freunden waren es nur die Zeit-



Wir wollten Freiheit. Und, wenn wir darüber nachgedacht hätten, so etwas wie Marktwirtschaft.

Toni Krahl, City-Sänger



„Dann wäre ich irgendwo ein unglücklicher Wirtschaftssekretär geworden“: City-Sänger Toni Krahl in seiner Wohnung in Berlin.

FOTO: JACQUELINE SCHULZ



schriften, für die Platten fehlte ihnen schlicht das Geld. Für Krahl war Prag ohnehin eine Sehnsuchtsstadt – seine Eltern, beides jüdische Flüchtlinge aus Deutschland, lernten sich dort im Exil kennen und lieben, später gingen sie zusammen nach England. „Ohne Prag hätte es mich nicht gegeben“, sagt Krahl – nicht ihn und nicht seine Karriere. „Die Geschichten aus Prag ersetzen bei uns zu Hause die Familiengeschichten, die uns fehlten, weil so viele Verwandte in den Lagern der Nazis umgebracht worden waren.“

Bartlovás Vater Zdenek Mlynár gehörte zusammen mit KPC-Generalsekretär Dubcek zu denjenigen, die den Prozess steuern und kanalisieren wollten, so gut es ging. Die Debatten um Freiheit und Mitbestimmung aber waren nicht mehr zu stoppen. Beide hatten in Moskau studiert, beide wussten genau, wie die Sowjets ticken. Sie glaubten lange, Moskau durch strategische Zugeständnisse hinhalten zu können. Doch was in Prag passierte, war zu gefährlich. Schon wurde in den Zeitschriften die führende Rolle der kommunistischen Einheitspartei infrage gestellt. Mlynár versuchte zu bremsen, doch wie sollte das gehen in diesem wilden Jahr?

„Der Prager Frühling befreite die Gesellschaft von der Angst“, schreibt Mlynár in seinem Buch „Nachtrost“, „und das war keine Illusion, sondern eine Realität für die gesamte Bevölkerung. Dazu war es nämlich gar nicht nötig, eine dauerhafte, stabile Veränderung des politischen Systems herbeizuführen. Es genügte eine Erschütterung der Machtstrukturen, die zu Veränderungen in wichtigen Schlüsselstel-

Große Hoffnung und große Enttäuschung: Der Prager Frühling

5. Januar 1968: Alexander Dubcek (1921-1992) wird Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSC). Er steht für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und spricht sich für Reformen und mehr Mitbestimmung der Bürger aus. Dubceks Vorgänger Antonin Nowotný behält vorerst das Amt des Staatspräsidenten, mit dem jedoch kaum reale Macht verbunden ist.

5. April 1968: Das Zentralkomitee beschließt ein Aktionsprogramm, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen vorsieht. Darin gibt die Partei ihren Führungsanspruch zwar nicht auf, räumt aber ein, dass sie nicht mehr die „Vertreterin der ganzen Skala sozialer Interessen sein“ könne. Das Programm garantiert Rechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

24. Juni 1968: Die Aufhebung der staatlichen Pressezensur führt zu einer explosionsartigen Ausweitung der kritischen Öffentlichkeit. Kommunikation läuft nun in der Tschechoslowakei nicht mehr nur von oben nach unten. Rundfunk und Zeitungen berichten über das Justizrecht der 1950er-Jahre und über Vetterwirtschaft in der Kommunistischen Partei.



Nach dem Einmarsch: Protestierer umringen im August 1968 in der Innenstadt von Prag sowjetische Panzer und stehen auf umgekippten Militärfahrzeugen. FOTO: LIBOR HAJSKY/DPA

Keine Rede zum Jahrestag

Zu russlandfreundlich? Kritik an Tschechiens Präsident Zeman

Von Michael Heitmann und Ulrich Krökel

Das Gedenken zum bevorstehenden 50. Jahrestag des Einmarschs der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei sorgt in Tschechien für Streit. Die Opposition beklagte am Donnerstag, dass Präsident Miloš Zeman am 21. August keine öffentliche Rede halten werde. Das sei eine merkwürdige Entscheidung, sagte der Vorsitzende der konservativen Bürgerdemokraten (ODS), Petr Fiala. Der Präsident solle seinen verfassungsrechtlichen Pflichten nachkommen, forderte Ex-Justizminister Jiri Pospisil von der Partei TOP09.

Ein Sprecher des Präsidenten wies die Kritik zurück. Zemans Meinung sei klar: „Die Okkupation war ein Verbrechen.“ Er sei mutig gewesen in einer Zeit, als Mut Opferbereitschaft erfordert habe. „Das ist weit wertvoller als tausend Reden nach 50 Jahren“, hieß es. Nach Angaben in seinem Lebenslauf wurde Zeman 1970 wegen Missbilligung der sowjetischen Besetzung aus der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ausgeschlossen.

Der heute 73-Jährige gilt allerdings als russlandfreundlich – und seine Kritiker vermuten nun Rücksichtnahme. So forderte der Linkspopulist Zeman wiederholt die Aufhebung der EU-Sanktionen, die nach der russischen Annexion der ukrainischen Schwarzmeerküste Krim verhängt wurden. Zeman verfügt über enge, auf Sowjetzeiten zurückgehende Kontakte nach Moskau – und ist berüchtigt für seinen Hang zu Pöbeleien. 2016 etwa riet er: „Wenn man einen Politiker loswerden will, dann gibt es auch den undemokratischen Weg, und der heißt Kalaschnikow.“

Präsident Zeman muss sich die Macht in Tschechien mit dem rechten Premier Andrej Babis teilen. Politisch treffen sie sich in dem kaum gebremsten Populismus, der ihnen gemein ist. Seit sieben Wochen regiert Babis als Chef einer Minderheitsregierung, die sich von den tschechischen Kommunisten unterstützen lässt. Mit im Boot sind auch die Sozialdemokraten. Der milliardenschwere Oligarch eroberte mit seiner Protestpartei ANO (Aktion unzufriedener Bürger) im Herbst 2017 mit einer hässlichen Anti-Migrations-Kampagne rund 30 Prozent der Stimmen. Dennoch gelang es Babis lange nicht, eine Koalition zu bilden. Hauptgrund: Gegen den 63-Jährigen ermitteln tschechische und EU-Behörden wegen Subventionsbetrugs. Die Wurzeln des Reichtums, den Babis mit einer Agrar-Chemie-Holding angehäuft hat, liegen bis heute im Halbdunkel.

Bei einer Gedenkveranstaltung vor dem im August 1968 umkämpften Rundfunkgebäude werden nun am Dienstag Ministerpräsident Babis sowie die Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern Reden zum Prager Frühling halten.

„Wertvoller als tausend Reden“: Der tschechische Regierungschef Miloš Zeman. FOTO: CTK PHOTO/IMAGO

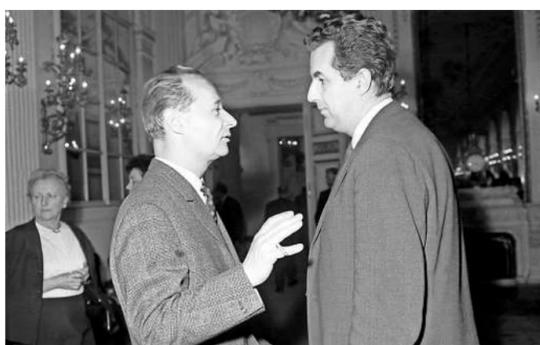


lungen führte, um den Rest des totalitären Mechanismus eine Zeit lang zu lähmen, durch Unsicherheit zu paralisieren.“ Doch je freier die Debatte wurde, desto stärker glaubten die Hardliner in Prag und Moskau und in den anderen Satellitenstaaten wie Ost-Berlin, Warschau und Sofia, dass dem Spuk ein Ende bereitet werden musste. Sie fürchteten den Kontrollverlust.

Die Presse in der Tschechoslowakei aber war von Dubcek freigelassen worden und traute sich immer mehr. Am 27. Juni 1968 erschien das „Manifest der 2000 Worte“ des Schriftstellers Ludvik Vaculik zeitgleich in vier Tageszeitungen und einer Literaturzeitschrift. Vaculik übte scharfe Kritik an den Kommunisten und rief zur Unterstützung der Reformer auf. Neu an dem Manifest war das Selbstbewusstsein, mit dem es geschrieben war. Die Kommunisten sollten dem Volk verantwortlich sein, der Souverän wollte seine Macht zurück.

Doch es enthielt auch eine Warnung, eine Vorahnung. „Unsere lieben Gegner“, schreibt Vaculik, „werden den Sommer nutzen, um die Verhältnisse zurückzudrehen.“ So kam es. Der Einmarsch fiel mitten in die Sommerferien. Die Truppen des Warschauer Paktes marschierten in die Tschechoslowakei ein und bereiteten der Reformbewegung ein blutiges Ende. Alexander Dubcek wurde verhaftet und unterzeichnete schließlich mit seinen Mitstreitern das „Moskauer Protokoll“, das fast alle Reformen rückgängig machte.

Den Teenager Toni Krahl verleiteten die Panzer in Prag zu seiner ersten, naiven politischen Aktion.



„Man konnte das stalinistische System nicht umkrempeln“: Milena Bartlová (Foto links) hat den Prager Frühling als Kind erlebt. Ihr Vater Zdenek Mlynar (Foto oben, rechts) war als Redenschreiber von KP-Chef Alexander Dubcek (links) einer der führenden Köpfe des Prager Frühlings. FOTOS: JAN STERNBERG, CTK/DPA

Am Tag nach dem Einmarsch protestierte er mit ein paar Gleichgesinnten vor der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin. Krahl wurde verhaftet, saß 100 Tage im Gefängnis. Sein Vater, leitender Redakteur beim SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, wurde wegen der Abwege seines Sohnes ins Archiv strafversetzt. Im Gegensatz zum Rest der linientreuen Familie nahm er es seinem Sohn nie übel.

Für Milena Bartlová begann zeitgleich zur Niederschlagung des Prager Frühlings eine kurze, atemlose Phase kindlicher Freiheit. Ihre Mutter, ihr zweijähriger Bruder und sie waren aufs Land gefahren. Die Mutter eilte nach Prag zurück, packte die Sachen fürs Exil – sie sprach hervorragend Englisch und konnte in Glasgow an der Uni unterkommen. Alle anderen Erwachsenen verfolgten die Nachrichten des

Einmarschs gebannt vor dem Fernseher. Auf der Landstraße waren Militärkolonnen zu sehen. „Niemand passte mehr auf uns auf“, erinnert sich Bartlová. Dann kam ihre Mutter zurück, packte die Kinder in ihren Wartburg und fuhr mit ihnen quer durch Westeuropa. Drei Monate saß die zehnjährige Bartlová in Glasgow und passte auf ihren kleinen Bruder auf. Dann entschied ihre Mutter: Wir kehren zurück. Viele andere taten das nicht. Fast 100 000 Tschechen und Slowaken verließen nach dem Einmarsch das Land.

Auch Zdenek Mlynar ging ins Exil, nach Wien, wenn auch erst zehn Jahre später. Im November 1968 trat er aus dem Zentralkomitee zurück und arbeitete fortan in der Insektenabteilung des Nationalmuseums. „Plötzlich war er arm“, erinnert sich seine Tochter, „er trug noch zehn Jahre später die Anzüge aus

„Dauernd hatten wir Gäste, sie tranken viel, rauchten viel und redeten viel – immer bis spät in die Nacht.“

Milena Bartlová, Zeitzeugin

20. August 1968: Gegen 21 Uhr landen als Flugzeuge der Aeroflot getarnte sowjetische Maschinen als Vorhut auf den Flughäfen in Prag und Brünn. Zwei Stunden später überschreiten die ersten Warschauer-Pakt-Truppen, darunter sowjetische, polnische, ungarische und bulgarische, die Grenze zur Tschechoslowakei.

21. August 1968: Gegen 8 Uhr morgens bringen die Besatzer die Hauptstadt Prag unter ihre Kontrolle. Die tschechoslowakische Partei- und Staatsführung verurteilt die Invasion. Bürger versuchen, den Einmarsch aufzuhalten, verstellen Ortsschilder, klettern auf Panzer und demonstrieren. Die Niederschlagung fordert mehr als 100 Tote und 500 Verletzte.



FOTO: LADISLAV BIELIK/EPD

26. August 1968: Die tschechoslowakische Führung unter Alexander Dubcek wird in die Sowjetunion gebracht und zur Unterzeichnung des sogenannten Moskauer Protokolls gezwungen. Es macht die Reformen weitgehend rückgängig. Die Reformer um Dubcek dürfen in ihre Heimat zurückkehren und bleiben zunächst im Amt, verlieren aber zunehmend an Einfluss.

12. November 1968: Breschnew verkündet auf dem Parteitag der polnischen Kommunisten seine „Breschnew-Doktrin“: Die UdSSR werde auch künftig notfalls militärisch eingreifen, wenn sie die Interessen des sozialistischen Lagers bedroht sehe. Die Warschauer-Pakt-Staaten hätten nur eine begrenzte Souveränität.

17. April 1969: Der moskautreue Hardliner Gustav Husak (Foto) wird nach antirussischen Protesten Nachfolger von Dubcek als Generalsekretär der KSC. Es folgen Säuberungen in der Partei und Repressionen für Reformer. Husak spricht euphemistisch von einer Politik der „Normalisierung“.



FOTO: CTK PHOTO/IMAGO

Betreff: Fwd: Freiheit für ein halbes Jahr
Von: Tristan Abromeit <abromeit@t-online.de>
Datum: 19.08.2018 16:43
An: Die Natürliche Wirtschaftsordnung - Mailingliste <nwo-liste@listi.jpberlin.de>

Zur Information für die Teilnehmer der NWO-Liste

mit Gruß Tristan Abomeit

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff:Freiheit für ein halbes Jahr
Datum:Sun, 19 Aug 2018 16:38:34 +0200
Von:Tristan Abromeit <abromeit@t-online.de>
An:politik@haz.de, kultur@haz.de, wirtschaft@haz.de

HAZ 18. August 2018

> Freiheit für ein halbes Jahr

Der Osten hatte kein 1968? Unsinn. Ein ganzes Ostblockland probierte 1968 einige Monate lang aus, wie es sein könnte, frei zu sein. Am 21. August kamen die Panzer – und der Prager Frühling war beendet. Aber die Sehnsucht blieb. Auch in der DDR. <

Nachricht für Herrn Jan Sternberg und Kolleginnen und Kollegen

Sehr geehrter Herr Sternberg,

ich habe ihren zweiseitigen Artikel mit Interesse gelesen. Besonders gefällt mir, dass Sie schon in den Schlagzeilen betonen, dass es auch im Osten eine 68er-Bewegung gab. Die Sehnsucht nach einer besseren Gesellschaftsform war sicher auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges vorhanden, aber die Suche nach dem Ort der Erfüllung lief in entgegengesetzter Richtung. Wenn man Ota Sik "Argumente für den Dritten Weg, 1973, folgt, wollte man Freiheit und Marktwirtschaft ohne in dem Kapitalismus zu landen. Die Studenten bei uns, denen in unseren Hochschulen kein freiheitlichen Weg in die Gleichheit und soziale Geborgenheit gezeigt wurde und sich im marxistischen Wunschdenken verloren, strebten dorthin, wo der Osten weg wollte. Nach einem halben Jahrhundert kann man heute feststellen: ".. die Sehnsucht blieb." Aber die Zeit wurde nicht genutzt. Natürlich ist die Zeit nicht stehen geblieben, aber sind die Verhältnisse wirklich besser geworden? Es wäre gut, wenn die HAZ diesen Fragen mutig nachgehen würde und zwar ohne Rücksicht auf jeden einzelnen Leser und die Rendite des Verlages. Dass ist sicher eine Überforderung der Macher. Aber wie soll die Welt besser werden, wenn die schreibenden und lehrende Zünfte darüber berichten, was die Welt in einem dauernden Kriegszustand hält?

Mir ist beim Lesen ihres Artikels eingefallen, dass ich 1968 selbst eine Stellungnahme zu den Vorgängen in der damaligen Tschechoslowakei geschrieben habe. Bei der Suche danach fand ich auch einen Ausriss aus der Nordsee-Zeitung vom 22. August 1968. Ich habe diese zwei Seiten und meine Stellungnahme - damals im Namen der Liberal-Sozialen Partei - vom 1. 9. 1968 eingescannt. Mein Text wurde mit einem Schablonendrucker (Wachsmatritze) gefertigt. Die Druckqualität ist entsprechend. Der Zugang zu den Medien war ein Lotteriespiel. Der Protest gegen die Presse war berechtigt. Ich hänge beide Texte an.

Herr Sternberg, erst als ich Ihren Text gelesen hatte, habe ich nach dem Verfasser geschaut. Ich erinnere mich, dass ich auf meiner Internetseite einen Beitrag (in zwei Versionen) von einem Namensvetter von Ihnen eingestellt habe. (Siehe nachfolgend.) Dr. Max Sternberg war ein jüdischer Arzt in Emden, der 1924 die Rolle der Presse beklagte.

Es verbleibt mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Text 56.2.1 (72 + 1 Seiten / 9.079 KB)

Dr. Max Sternberg. Warum und wie zur Freiwirtschaft / FFF
1924 Druck und Verlag von Anton Gerhard in Emden / Fraktur

Text 56.2.2 (27 Seiten / 4.926 KB)

Dr. Max Sternberg. A) Biographische Notiz von Werner Onken
B) Warum und wie zur Freiwirtschaft
Ursprungstext (B) von 1924. Als Serie in Zeitschrift Der Dritte Weg. ab Januar 1989

N.S. Link zu Ota Sik (S mit Sonderzeichen geschrieben.) https://de.wikipedia.org/wiki/Ota_%C5%A0ik

--

www.Tristan-Abromeit.de

—Anhänge:—

LSP.1.9.1968.CSSR.pdf	135 KB
NZ 22 8 68 S1.jpg	1,9 MB
NZ 22 8 68 S2.jpg	2,2 MB
Freiheit.CSSR.1968.I_HAZ_2018-08-18_Seite_02.pdf	192 KB
Freiheit.CSSR.1968.II_HAZ_2018-08-18_Seite_03.pdf	502 KB

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1

11. September 1991

DemokratieInitiative
Hohbuchweg 23

8991 Achberg

Hallo Freunde,

es ist gut zu wissen, daß es noch Menschen gibt, die den Kampf um eine demokratisch legitimierte Verfassung noch nicht aufgegeben haben.

Sicher wird das Bemühen um einen "parlamentarischen" Weg vom Grundgesetz zur Verfassung zu suchen von der Angst diktiert, gewachsene Macht und selbst eingeräumte Privilegien könnten geschmälert werden, wenn das Volk durch ein eigens für diesen Zweck direkt vom Volk gewähltes Gremium den Verfassungsvorschlag formuliert. Auch bestehen sicher Befürchtungen, daß eine nicht von den Parteien kontrollierte verfassungsgebende Versammlung versucht sein könnte, per Verfassung eine sozialpolitische Korrektur der Regierungspolitik durchzusetzen. Auch müssen wir zugestehen, daß sich in vielen Parteipolitikerköpfen ein anderes Politikverständnis herausgebildet hat als bei jenen, die mehr direkte Demokratie oder eine echte Föderation wollen. Wir müssen also davon ausgehen, daß jene, die die Zukunft unserer Demokratie "parlamentarisch" sichern wollen, es zum Teil genauso ehrlich meinen wie wir. Wir können auch nicht übersehen, daß einen großen Teil des Wahlvolkes die Verfassungsdiskussion nicht interessiert.

Wenn noch eine Aufklärungskampagne gestartet werden kann, dann sollten nach meiner Einsicht folgende Punkte herausgestellt werden:

1. Die Haltung der etablierten Politik ist verwandt der Haltung der untergegangenen SED.
2. Jede Generation hat das Recht sich seine eigene Verfassung zu geben. Und sei es in der Form, daß sie Gelegenheit erhält zu sagen: "Die Verfassung der vorhergehenden Generation soll auch die unsere sein."
3. Die Gewaltenteilung in der staatlichen Organisation der Gesellschaft ist eine Voraussetzung für die moderne Demokratie und die Zähmung des Leviathans, des Ungeheuers, zu dem sich der Staat sonst zu leicht entwickelt. Es ist aber unlogisch und systemwidrig, wenn eine Gewalt sich selbst und die anderen Gewalten definiert. Die Gestalt der staatlichen Gewalten, ihre Kompetenzen und Grenzen müssen vom Volk - von dem sie sich im demokratischen Selbstverständnis ableiten - bestimmt werden

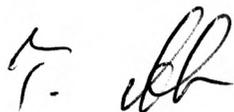
und nicht von Gremien, die zu anderen Zwecken gebildet wurden.

4. Heute glauben Parlamentarier einem Ausschuß, dem sie fälschlich den Namen "Verfassungsrat" gegeben haben, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung überlassen zu können. Ihnen kommt anscheinend gar nicht in den Sinn, daß sie befangen sein könnten. Und das, was sie als Alltagspolitik vorweisen, zeugt nicht gerade von Kompetenz, die für die Formulierung einer neuen Verfassung wünschenswert ist. Zwar ist auch die Weimarer Verfassung nicht durch eine Volksabstimmung in Kraft gesetzt worden und auch damals hat nur ein Ausschuß der Nationalversammlung aufgrund der Vorlage des Staatssekretärs Dr. Preuß die Verfassung formuliert. Aber in "Die neue Volkshochschule" , Leipzig, 1923 Band 4, S. 4 steht:
"Es wurde verlangt, daß baldigst eine Versammlung von Vertretern der deutschen Nationen - eine Nationalversammlung - berufen würde, die Deutschland eine Verfassung geben solle. Am 30. November wurden daraufhin die Wahlen für dieses Parlament, das genau wie das erste Parlament zur Zeit der französischen Revolution die Aufgabe haben sollte, eine Verfassung auszuarbeiten, ausgeschrieben."
Es ist eben ein qualitativer Unterschied, ob ein Parlament einen originären Auftrag vom Volk zur Formulierung und Beschlußfassung einer Verfassung hat oder ob es sich selbst einen solchen Auftrag mit rechtlichen Winkelzügen anmaßt.

Ich sende Euch als Anlage Kopien von dem Kapitel "Das Grundgesetz kam von oben; die Verfassung muß von unten kommen" aus meinem Skript "DER RAT" vom November 1990. Das Kapitel zur Verschuldung, verdeutlicht, daß unsere Demokratie nicht nur vor ungelösten rechtlichen Problemen steht, sondern auch vor ökonomischen.

Als weitere Anlage erhaltet Ihr ein Exemplar meiner Schrift "Darauf kommt es an!"

Es grüßt Euch

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'T. Ehr'.